

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

April 2000 Nummer 222
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Ob mit oder ohne
künstlerischen
Anspruch –
die Bauernstimme
wünscht allen
Leserinnen
und Lesern
Frohe Ostern!

Bewegung

Abl-Zukunftskonferenz

Mit viel Schwung entwickeln die Teilnehmer in Hofgeismar Visionen und bestimmen Ziele. Nun beginnt die Umsetzung in Arbeitsgruppen. Im November sehen sich alle wieder. Bunte Eindrücke gibt's auf Seite 7

Konsequenzen des Staffelpreises

Die Einführung von Preisauflagen auf große Liefermengen bei Molkereigenossenschaften ruft immer wieder Protest der kleineren und mittleren Betriebe hervor. Denkbare Auswege aus der Misere werden skizziert auf den Seiten 2 und 12-13

Märkte

Paradoxe Ökoschweine-Markt

Die Nachfrage nach Ökoschweinen übersteigt derzeit das Angebot. Doch der Preis, der am Markt zu erzielen ist, reicht vielen Okobauern nicht, um Schweine aufzustellen. Eine Situationsbeschreibung und Kostenrechnung auf den Seiten 14 – 15

Hühnern fehlt weiter Platz

Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat einen Entwurf für eine neue Hennenhaltungsverordnung vorgelegt. Doch anstatt die Vorgaben aus dem höchstrichterlichem Urteil zu beachten, steht „Pohlmann“ weiter Pate. Seite 3

Politik

Gute fachliche Praxis

Nach EU-Ministerrat gilt sie nun europaweit. Der Naturschutz will sie verschärfen. Was ist von der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes zu erwarten? Seite 6

weitere Themen

Nachbaugebühren weiter heiß bekämpft Seiten 4, 5, 18, Agrarsozialpolitik Seite 2, Neues aus Ostdeutschland Seite 11, Fragwürdiges Patent Seite 3, Abl-Milchtagung Seite 8, Gefährliche Veterinärmedizin Seite 16, Neue Grenzen für Stallbauten Seite 10

Wer seinen Partner verliert, muss sich einen anderen suchen. Die Mehrheit der Genossenschaftsmitglieder bei den Milchwerken Köln/Wuppertal (Marke Tuffi) steht in dieser Lebenslage.

Denn der „alte“ Marktpartner, die Genossenschaftsmolkerei, hat für 80 % der Genossen die vertrauensvolle Zusammenarbeit aufgekündigt. Sie hat einen Staffelpreis eingeführt, wo der Lieferant mit einer Jahresanlieferung von 550.000 kg pro Kilo Milch 2 Pfennig mehr bekommt als derjenige, der nicht über 200.000 kg hinauskommt. Und um das Mehrgeld für die größeren Milcherzeuger bezahlen zu können, wird der Basispreis für alle gekürzt, so dass insgesamt nur maximal 20 % der Betriebe wirklich mehr Geld in der Tasche haben als ohne Staffelpreis.

Dieses System ist ohne vorherige Aussprache im November letzten Jahres eingeführt und dann im Weihnachtsrundschriften bekannt gegeben worden. Das hat natürlich zum Krach mit dem vom Staffelpreis benachteiligten Genossen geführt. Unverständlich ist eher, dass die Verwaltung und die Spitze der Molkerei das nicht vorhergesehen haben. Schließlich ist das System eine schlechte Umverteilung von Geld. Die 80 % Mehrheit zahlt den anderen 20 % damit eine Art Sonderprämie, damit – so die Begründung – diese Betriebe nicht untreu werden und womöglich mit ihrem Rohstoff zu einer anderen Molkerei abziehen.

Tuffi hat damit den alten Grundwert der Genossenschaft, den Gleichheitsgrundsatz zu Grabe getragen. Da ist Tuffi nicht die erste und einzige Molkerei, und auch nicht die einzige Genossenschaftsmolkerei. Das macht es aber auch nicht besser. Sicher, „Gleichheitsgrundsatz“ klingt von vorgestern – immerhin ist der Pastor Raiffeisen vor 112 Jahren gestorben. Dahinter verbirgt sich jedoch nicht mehr, als dass für gleiche Leistung in einem Unternehmen gleich bezahlt wird. Norddeutsche Privatmolkereien haben diesen Grundsatz teilweise ebenso über Bord geworfen wie Waren- oder Fleisch-Genossenschaften. Doch da

verhält es sich anders. Denn dort sind die Genossen nicht so stark und eng an das Unternehmen gebunden wie eben bei den Genossenschaftsmolkereien.

KOMMENTAR

Neue Partnersuche

Zum einen sind bei letzteren hohe Geschäftsanteile eingezahlt worden, die übrigens kaum verzinst werden. Zum zweiten können die Milchgenossen nicht nach freier Wahl zu einem anderen Abnehmer liefern – da stehen die zweijährigen Kündigungsfristen vor.

Wie war es vor dem Staffelpreis? Da stand die Molkerei unter dem Druck aller Milchbauern, einen möglichst guten Preis auszusuchen. Durch den Staffelpreis reduziert sich dieser Druck scheinbar, indem einem Teil der Milcherzeuger entgegengekommen wird. Die kleineren und mittleren Betriebe ziehen dabei den Kürzeren, wohl weil sie erfahrungsgemäß nicht so schnell kündigen wie die „dynamisch flexiblen“ Größeren. Doch das muss ja nicht immer so sein. Gerade bei denen, die aus dem alten Genossenschaftsverständnis heraus für Ruhe im Unternehmen gesorgt haben, ist das Vertrauen zu ihrer Molkerei zerstört.

Was folgt nun? Es ist darüber nachzudenken, ob es angesichts dessen noch Sinn macht, das unverzinsten Eigenkapital in der Molkerei zu lassen, die nun offensichtlich nicht mehr „ihre“ ist. Das Geld könnte anders besser angelegt sein. Und warum nicht in Milcherzeugergemeinschaften zusammenschließen und dann mit der gemeinsamen Milchmenge im Rücken mit mehreren Molkereien in Verhandlungen über den Preis treten. Das ist in Bayern gängige Praxis. Das mag sich nach Genossenschaften in Genossenschaften anhören – aber was ist falsch daran? Vielleicht klärt sich dann der Verhältnis der „Marktpartner“ neu. Dass nun über solche Wege nachgedacht wird, zeigt, dass Bewegung in das Verhältnis Milcherzeuger/Molkerei gekommen ist.

Daraus lässt sich eine Menge machen.

Ulrich Jasper

SPD'ler schreibt an Eichel

Bayerischer SPD-Agrarpolitiker mahnt Entlastungen im Sozialbereich an

Der stellvertretende bayerische Agrarausschussvorsitzende und Landtagsabgeordnete Gustav Starzmann (SPD) hat sich in einem Brief an Bundesfinanzminister Hans Eichel gewandt, um auf die drastische Situation bei den landwirtschaftlichen Sozialkassen aufmerksam zu machen, die die Sparmaßnahmen in diesem Bereich hervorgerufen haben. Durch die Haushaltseinsparungen des Bundes sind nach Starzmanns Angaben bei den fünf regionalen landwirtschaftlichen Alterskassen in Bayern 25 % der Versicherten aus der Zuschussung zur Alterskasse herausgefallen. Insgesamt erhalten von 107.713 Zuschussempfängern des letzten Jahres (31.12.1999) ab dem 1. Januar 2000 27.446 keinen Zuschuss mehr. Insgesamt hätten die Landwirte durch das Haushaltssanierungsgesetz Beitragserhöhungen bei der Alterskasse von 34 % bis 110 % ab 1. Januar 2000 zu verzeichnen. Eine weitere Entwicklung belastet die landwirtschaftlichen Alterskassen. In Bayern gingen bei ihnen seit Anfang des Jahres deutlich mehr Befreiungsanträge ein als sonst. Bei der LAK Schwaben seien zwischen dem 1. und 21. Januar 2000 241 Befreiungsanträge eingegangen – im Monatsdurchschnitt des Jahres 1999 habe die Zahl bei 40 gelegen. Das gleiche Bild ergebe sich in Oberbayern, wo im Januar 314

Anträge auf Befreiung gestellt worden seien, bei einer Vergleichszahl des Vorjahres von 40.

Um aus der landwirtschaftlichen Alterskasse (LAK) herauszukommen, würden sogar Verpachtungen und Betriebsaufgaben getätigt, die erst zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt erfolgt wären. „Diese Entwicklung wird langfristig den Bund wegen der übernommenen Defizithaftung belasten.“

Starzmann merkt an, dass bei den Landwirten der Beitrag zur Alterskasse steigt, gleichzeitig der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung durch Einsatz von Mitteln aus der Ökosteuer gesenkt und stabil gehalten werde. Es könne aber „nicht unseren Vorstellungen und Forderungen von sozialer Gerechtigkeit entsprechen, dass gerade die Einkommensschwächeren mit derart massiven Beitragserhöhungen belastet werden. Die soziale Absicherung, insbesondere die Alterssicherung, darf nicht der Grund für ein weiteres rasantes Bauernsterben (...) sein.“

Der Sozialdemokrat fordert von seinem Parteifreund Minister Eichel, dass deshalb bei der Verteilung der 375 Mio. DM für die 2002 wegfallende Gasölrückvergütung Verbesserungen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung „oberste Priorität“ haben. *uj*

Die ABL Bauernblatt Verlags-GmbH sucht eine/n

Geschäftsführer/in

- > mit Herz für die bäuerliche Landwirtschaft und besonderen Interessen und Fähigkeiten in den Tätigkeitsbereichen Finanzen, Organisation und Verwaltung sowie Marketing und Ausbau des Verlagsprogramms.
- > Zum Programm des übersichtlichen Verlages gehören bisher die Monatszeitung „Unabhängige Bauernstimme“, das Jahrbuch „Der Kritische Agrarbericht“ sowie Buchtitel verschiedener Reihen.
- > Wir suchen eine Person, die sich die kreative und dynamische Weiterentwicklung des Verlages zur Aufgabe macht.
- > Wir bieten Ihnen eine 25-Stunden-Stelle in einem kleinen Unternehmen mit einem großen und interessanten Umfeld.

Bewerbungen bitte an



ABL Bauernblatt Verlags-GmbH
Marienfelder Str. 14,
33378 Rheda-Wiedenbrück

Das Ministerium gibt den Hennen keinen Platz

Die neue Hennenhaltungsverordnung in der Anhörung

Das, woran derzeit gebastelt wird, trägt – soweit es sich auf die Käfighaltung bezieht – immer noch die Handschrift des Hühnerbarons Pohlmann, der in den 60er Jahren die Hühner von der Wiese und den Höfen in die Käfige und Fabrikhallen verbannete. Der Entwurf der neuen Hennenhaltungsverordnung war Beratungsgegenstand einer Anhörung des Bundestagsausschusses am 13. März 2000.

Die alte Verordnung war im Sommer 1999 vom Bundesverfassungsgericht wegen Verstoßes gegen § 2, Nr. 1 des Tierschutzgesetzes für nichtig befunden worden. Somit war das Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) gezwungen, eine neue Verordnung zu erarbeiten und darin die Vorgaben der Richter zu berücksichtigen.

Doch, um es gleich vorwegzunehmen: Das Verfassungsgerichtsurteil stand bei der Erarbeitung des neuen Verordnungsentwurfs wohl nicht Pate, sondern eher das auch auf der Anhörung vorgetragene Gejammer vom Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft und vom Deutschen Bauernverband (DBV), man könne selbst mit dem vorgelegten Entwurf dem internationalen Konkurrenzdruck nicht standhalten – die Legehennen wanderten nach Osteuropa und China ab usw.

Dagegen hielten mehrere geladene Experten, unter ihnen der Rechtsanwalt Schindler, der die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in der Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht damals vertreten und zum Erfolg verholfen hatte (Urteil vom 6.6.1999).

Schindler machte seine Auffassung deutlich, dass das Urteil Vorgaben mache, die der Gesetzgeber zu beachten habe. So beinhalte das Urteil verbindliche Aussagen darüber, dass bestimmte Grundbedürfnisse der Tiere nicht unangemessen zurückgedrängt werden dürften. Den Tieren müsse wenigstens soviel Platz zur Verfügung stehen, dass in einem Käfig allen Tieren gemeinsam und gleichzeitig das Ruhen oder Fressen möglich sein muss. Die Richter hätten den Mindestflächenbedarf ei-

ner Henne in Ruhelage als Produkt von Länge und Breite des Tieres festgesetzt, was dem Flächenbedarf eines Durchschnittshuhns von 690 Quadratzentimetern (qcm) entspreche.

600 qcm sind zu wenig

Der nun vorgelegte Verordnungsentwurf aus dem Ministerium bleibt jedoch unter dieser Mindestanforderung zurück und sieht lediglich 600 qcm „nutzbare Fläche“ vor. Nach der alten Verordnung sind 450 qcm genug. Eine weitere Vorgabe des Verfassungsgerichtes besagt laut Experten, dass das Grundbedürfnis nach gemeinsamer Futteraufnahme eine Troglänge pro Tier erforderlich mache, die mindestens der Breite des Tieres entspreche, also 14,5 cm pro Tier. Der BML-Entwurf sieht nur 12 cm vor, die alte

Grundbedürfnis nach gemeinsamer Futteraufnahme eine Troglänge pro Tier erforderlich mache, die mindestens der Breite des Tieres entspreche, also 14,5 cm pro Tier. Der BML-Entwurf sieht nur 12 cm vor, die alte

Grenze liegt bei 10 cm.

An diesen beiden Punkten wird offensichtlich, dass sich das Ministerium über die Vorgaben des höchsten deutschen Gerichtes hinwegsetzt. Bundeslandwirtschaftsminister Funke, der als niedersächsischer Landwirtschaftsminister 1990 der nordrhein-westfälischen Normenkontrollklage beitrug, missachtet die nationale Rechtsprechung und orientiert sich lediglich an der neuen EU-Richtlinie. Diese „Richtlinie über die Mindestanforderungen bei der Legehennenhaltung“ vom Juni 1999 schreibt einen Mindestplatz von 550 qcm pro Henne vor, und ab dem Jahr 2012 sind Käfige nur noch als so genannte ausgestaltete Käfige erlaubt, die neben der Nutzfläche auch eine Einstreufläche, eine Sitzstange und wenigstens ein Nest pro Käfig aufweisen. Damit sollen dann die Grundbedürfnisse der Hühner wie Picken, Scharren, Körperpflege und Aufbäumen ermöglicht werden.

Konstruktive Mängel

Doch dass die neuen Käfigen diesen Bedürfnisse gerecht werden, bezweifelte auf der genannten Anhörung unter anderem Dr. Glarita Martin von der Internationalen Gesellschaft für Nutztierhaltung, Stuttgart. Die eingestreuete Fläche sei viel zu klein zur Befriedigung von Picken und Scharren und befördere somit das atypische Federpicken. Auch die vorgeschriebenen Sitzstangen verflüchten ihren Zweck, denn bei einer zulässigen Gesamthöhe der Käfige von 45 cm seien die Sitzstangen viel zu niedrig angebracht, um den Hennen Ruhe und Rückzugsmöglichkeit zu bieten und ein angemessenes Aufbäumens zu ermöglichen. Die geringe Höhe der Sitzstangen über dem Käfigboden erhöhe zudem die Gefahr des Kloakenpickens seitens der anderen Hennen. Der ausgestaltete Käfig weise viele konstruktive Mängel auf, so dass etliche angeborene Verhaltensweisen der Hühner auch weiterhin „zurückgedrängt“ würden.

Und dann sind da noch die Übergangsfristen, die so bemessen sind, dass die als gesetzwidrig erkannten Käfigbedingungen noch 11 Jahre lang bestehen dürfen. Dabei wäre der gerichtlich anerkannte Flächenbedarf allein durch Absenkung der Tierzahl pro Käfig zu erreichen.

Monika Baumgartner,
Mitarbeiterin der Grünen
Landtagsfraktion Niedersachsen



Kommt Patent auf Pflanzen?

Am 11. April öffentliche Verhandlung am Europäischen Patentamt in München

Das europäische Patentamt, München, entscheidet am 11. April in öffentlicher Sitzung, ob nach fünf Jahren wieder ein EU-weit geltendes Patent auf eine Pflanze erteilt bzw. wieder eingesetzt wird. Erwartet wird, dass das Patentamt das Patent der Firma Monsanto auf die Roundup-Ready-Sojabohne erteilen wird und sich dabei auf die neue EU-Patentrichtlinie berufen wird. Das wäre die erste Patenterteilung auf Saatgut seit 1995, als die Patentierung von Pflanzen beim Europäischen Patentamt durch einen Einspruch von Greenpeace gestoppt wurde.

Das Gensoja-Patent

Die genmanipulierten Sojabohnen, werden in den USA und Südamerika schon seit Jahren angebaut. 1996 kamen die ersten Partien dieser Sojabohnen aus den USA nach Europa. Das entsprechende in den USA geltende Patent umfasst jedoch nicht nur Soja-

bohlen, sondern auch andere gentechnisch veränderte Pflanzen, die gegen das Monsanto-Totalherbizid Roundup-Ready resistent gemacht wurden. Das Patent nennt: „Mais, Weizen, Reis, Baumwolle, Pappel, Kiefer, Apfel und Traube“.

In den USA wird der Patentschutz durch eine Reihe von Maßnahmen durchgesetzt:

- Landwirte müssen zusammen mit dem Gensoja-Saatgut auch das Pflanzenschutzmittel Roundup kaufen;
- der Firma Monsanto wird zu den Feldern der Landwirte, die Gensoja anbauen, ein freier Zugang zugesichert;
- der eigene Nachbau von Soja und das Zurückhalten von Saatgut auf dem Betrieb sind streng verboten;
- um die Verträge zu kontrollieren, werden sogar Privatdetektive von Monsanto angeheuert, die Proben ziehen;
- Landwirte, die gegen die Auflagen

verstoßen, werden angeklagt.

Perspektiven

Aus diesem Vorgehen werden die Perspektiven deutlich, die mit der Patentierung auf Pflanzen für Landwirte verbunden sind. „Die Konzernriesen nutzen ihre Marktmacht systematisch dazu aus, Gentechnik am Markt durchzusetzen. Konventionelles Saatgut wird in Zukunft vom Markt verdrängt. Neu auf den Markt gebracht werden nur noch patentgeschützte Gen-Pflanzen“, warnen ABL und Greenpeace.

Die Organisationen hoffen, dass sich die Ankündigung des Europäischen Patentamts vom September 1999, wieder Patente auf Pflanzen erteilen zu wollen, auf politischem Wege noch revidieren lässt. Immerhin zweifeln Rechtsexperten bis hin zur Bundesjustizministerin die Rechtmäßigkeit dieser Patentamtsentscheidung an. *uj*

Erlebnis Lernort Bauernhof

Vom 8.-10. März 2000 lud die Evangelische Jugend auf dem Lande nach Altenkirchen zum Seminar „Lernort Bauernhof“. Über 30 Teilnehmer waren der Einladung gefolgt und interessierten sich für Projekte rund um Schulbauernhöfe und den „Erlebnisort Bauernhof“ vor allem für Kinder und Jugendliche. Auch aus angrenzenden Bereichen wie Erwachsenenbildung bzw. therapeutischen Einrichtungen kamen Interessierte, um sich über bestehende Projekte, besucher-, kind- und tiergerechte Ställe, über verschiedene Bausteine zum Erleben bzw. Vermitteln von Praxisinformation zum Thema Getreide, Milch, Gemüse und Hühnerhaltung zu informieren. Für das Jahr 2001 ist ein neuerliches Austauschtreffen in Altenkirchen vom 9.-11. Februar geplant. Weitere Informationen sollen demnächst im Internet u.a. unter info@soel.de zum Thema erhältlich sein, ue

KLJB-Wegweiser für die Zukunft

Die Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) hat auf ihrer Bundesversammlung Anfang März einen „KLJB-Wegweiser für die Zukunft der Landwirtschaft in Europa“ beschlossen. Dem Positionspapier liegt ein ausführlich beschriebenes Leitbild zugrunde, das eine nachhaltige, vielseitige Landwirtschaft beschreibt, die die soziale und wirtschaftliche Existenz vieler Menschen im ländlichen Raum sichert. Eine zentrale Forderung stellt die Abkehr vom bisherigen Fördermodell der produktionsabhängigen Prämienzahlungen, der Preisstützung und Marktregulierung dar. „Dieses System bevorzugt große Betriebe und verhindert eine Orientierung der Produktion an der Nachfrage der Verbraucherinnen“, so Christine Hertrich, Bundesvorsitzende der KLJB. Stattdessen fordert der Jugendverband eine sozial gerechtere Verteilung der Mittel unter Berücksichtigung der Anzahl der Arbeitskräfte sowie der wirtschaftlichen Lage des Betriebes. Der Aufbau von Einkommensalternativen soll gefördert werden. Eine besondere Förderung soll der Ökolandbau erfahren mit dem Ziel, 10 - 15 % der Fläche entsprechend zu bewirtschaften, so die KLJB. Info: KLJB, ☎ 02224-9465-26 pm

DLG lädt Gentechnik aus

Auf den diesjährigen DLG-Feldtagen soll es keine Demonstrationsflächen mit gentechnisch veränderten Pflanzen geben. Ursprünglich war die Präsentation mehrerer Gen-Mais-Sorten vorgesehen. In einem Schreiben an die Aussteller begründet der DLG-Geschäftsführer Dr. Rieger die Entscheidung damit, dass die Präsentation von gentechnisch veränderten Pflanzen als „Provokation“ empfunden werden könnte. Die Feldtage könnten damit in das „Fadenkreuz der Gentechnik-Gegner“ geraten und so zu Imageschäden für die „Grüne Gentechnik“ führen. Nun sei geplant, einen Schwerpunkt zur Gentechnik im Pflanzenbau für die Feldtage 2001 „gründlich vorzubereiten“ und mit Einbindung der Ministerien für Landwirtschaft, Wirtschaft, Forschung und Umwelt kommunikativ umzusetzen. pm

Anti-Gentech-Demo in Boston

Im US-amerikanischen Boston haben anlässlich einer Konferenz der Gentechnik-Industrie mehrere Tausend Menschen demonstriert. Verkleidet als deformierte Tiere oder Pflanzen, protestierten sie gegen die mangelhafte Aufklärung über die Gefahren der Gentechnik. en

Universität Gesamthochschule Paderborn und Lokale Agenda 21 Kreis Unna laden zur Tagung

Die Vermarktung umweltverträglicher Regionalprodukte stärken.

Erfahrungen - Probleme - Perspektiven
Mittwoch, 19. April 2000, Ökologiestation, Bergkamen

- 9.30 Uhr Begrüßung
10.00 Uhr Perspektiven für die Regionalvermarktung in NRW
Birbel Hübs, Landwirtschaftsministerin NRW
10.30 Uhr Erfahrungen aus bayerischen Projekten, u.a. BRUCKER LAND,
Richard Mikasch, Bay. Bauernverband
11.00 Uhr Fühlen wir's schmeckt! - Regionalprodukte genießen.
Prof. Annette Meier-Floeger, Univ. Jülich
11.30 Uhr Diskussion im Plenum
12.30 Uhr Regionales Buffett
14.00 Uhr Umstellung auf regionale Qualitätsprodukte, Erfahrungen und Anforderungen im Kreis Unna. Moderierte Fachgespräche mit Praxisreferenten.
Regionale Vermarktung als Baustein der nachhaltigen Entwicklung in Regionen. Prof. Dr. Lothar Schneider, Univ. Paderborn
16.30 Uhr Diskussion im Plenum
17.00 Uhr Ende der Tagung
Anmeldung: Umweltzentrum Westfalen, Westenhellweg 110,
59192 Bergkamen, ☎ 02389-980916

KURZES AM RANDE



Bt-Mais kommt doch

Bundesgesundheitsministerium erlaubt Gen-Mais-Anbau „zu Forschungszwecken“

Nachdem sich das Bundesgesundheitsministerium (BMG) in Abstimmung mit den Ministerien für Landwirtschaft, Umwelt und Justiz im Februar dazu durchgerungen hatte, die Zulassung zum Anbau von gentechnisch verändertem Bt-Mais von Novartis auszusetzen, wird nun für Ende März die Ausnahme genehmigung für 12 Tonnen Saatgut erwartet. Das sei kein Rückzug, so Ulrike Riedel vom BMG gegenüber der Bauernstimme, denn es handle sich lediglich um eine kleine begrenzte Menge, die für rund 500 ha Mais reicht. Die ökologischen Schäden seien

zu vernachlässigen. Mit solchen vermuteten negativen Auswirkungen durch den Genmais-Anbau war das Anbauverbot begründet worden. Riedel nennt an erster Stelle die Gefahr, dass der Maiszüchter, gegen den Bt-Mais durch die gentechnische Veränderung selbst kontinuierlich ein Gift erzeugt, Resistenz gegen das Bt-Gift entwickeln könnte. Daneben gibt es die Gefahr der Antibiotikaresistenzen bei Menschen, da dem Bt-Mais ein Markergen eingepflanzt ist, das Antibiotika produziert, die dann in die Nahrungskette des Menschen gelangen. Über die sicherheitsrelevanten Fragen des Bt-Anbaus sei bisher noch nicht geforscht worden, so Frau Riedel: Bisher habe sich das den Anbau begleitende Monitoring in Deutschland nie auf Sicherheitsforschung bezogen, sondern immer nur auf „agronomische Erprobungsverfahren“. Freuen kann sich über die Ausnahme genehmigung die Firma Novartis, die Sorten des Bt-Maises vertreibt. Entsprechen doch die nun möglichen 500 ha Genmais dem Anbauumfang des letzten Jahres in Deutschland. uj

Unzulässige Datenaufbereitung

Auch Getreide-Aufbereiter wehren sich gegen Saatgut-Treuhand

Der im Braunschweiger Nachbaugebühren-Prozess von der Saatgut-Treuhand-Verwaltungs GmbH (STV) beklagte Bauer (siehe Bauernstimme 3/00) hat nun seinerseits Anzeige gegen die STV erstattet, so berichtet er in einem Leserbrief in der „Land & Forst“, dem niedersächsischen Wochenblatt. Die STV hatte in der Klageschrift angegeben, wie viel Dezitonnen Getreide unterschiedlicher Sorten, wie viel Liter Beizmittel und wie viel leere Saatgetreidesäcke der Bauer bei der Raiffeisen Hauptgenossenschaft (RHG) Hannover bezogen hatte. Die Angaben stammen von der RHG. „Diese Vorgehensweise ist skandalös und meiner Ansicht nach datenschutzrechtlich nicht zulässig“, schreibt der Bauer. Die RHG Hannover nimmt noch in derselben Ausgabe Stellung dazu und erläutert, dass die STV die Aufbereiter von Saatgut in Verträgen verpflichtet, Informationen über Aufbereitungsaufträge von Bäuerinnen und Bauern zu liefern. Die STV führt dann regelmäßige Kontrol-

len bei den Aufbereitern durch, um die Angaben zu überprüfen - so auch bei der RHG Hannover. Aber: „Im Rahmen dessen (einer Kontrolle, d. Red.) wurden offensichtlich bei der Überprüfung des Verbleibs von Saatgetreide auch Daten durch die Saatgut-Treuhand aufgezeichnet, zu deren Aufzeichnung sie nicht legitimiert war“, schreibt die RHG und möchte sich damit auf der Seite der Bäuerinnen und Bauern wissen. Klaus Buschmeier, Bauer und Getreideaufbereiter in Nordrhein-Westfalen, wehrt sich gegen die Verträge, die die STV im Namen der Züchter den Aufbereitern aufdrängt, nach denen er durch seine Angaben darüber, wie viel von welcher Sorte er für wen gereinigt und gebeizt hat, der Saatguttreuhand Daten über den Nachbau anderer Bäuerinnen und Bauern in die Hände spielen soll. Buschmeier will den Widerstand der Aufbereiter organisieren und sucht Kontakt zu anderen Aufbereitern. cs



Kontakt: ☎ 05262/3079

Eine Frage der richtigen Gesellschaft

Nachbau: Düsseldorfer Landgericht beschränkt Auskunftsanspruch auf Gesellschafter der Saatgut-Treuhand

Weiteren Sand ins Getriebe der Saatgut-Treuhand-Verwaltungs GmbH (STV) streute das Landgericht Düsseldorf mit seiner Entscheidung im Streit um die Nachbaugebühren. Die Richter wiesen die Klage der STV gegen ein Mitglied der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze als „zum Teil unzulässig und im übrigen unbegründet“ ab.

In der ausführlichen Begründung des Urteils spricht das Gericht der STV zum einen das Recht ab, für Pflanzenzüchter bzw. Sortenschutzinhaber, die nicht ihre Gesellschafter sind, Auskünfte bezüglich des Nachbaus von den Bäuerinnen und Bauern einzufordern. Von 66 auf einer von der STV beim Gericht eingereichten Liste mit Sortenschutzinhabern, für deren Sorten die STV Auskunft verlangt, sind 32 keine Gesellschafter der STV GmbH. Für die übrigen Sortenschutzinhaber, die tatsächlich Gesellschafter der STV sind, hält das Gericht die Klage für „insoweit unbegründet, weil die Klägerin den Grund des erhobenen Anspruchs nicht dargelegt hat“. Die Richter mokieren, dass die STV nicht schlüssig genug offen legen konnte, wer für welche Sorte in welchem Zeitraum ein Schutz- oder Nutzungsrecht besessen hat bzw. besitzt.

Zwei weitere Nachbau-Prozesse in Düsseldorf wurden ebenso entschieden, während ein viertes Verfahren etwas anders ausging. Hier erbrachte die STV die geforderten Nachweise bezüglich der Schutzrechte. Allerdings vertrat – laut vorsitzendem Richter Dr. Meier-Beck – die Kammer auch in diesem Prozess die Ansicht, dass die STV nur für ihre Gesellschafter Auskünfte einholen darf, und urteilte entsprechend mit einer Teilabweisung der Klage.

Was bleibt?

Verknüpft man die Urteile aus Düsseldorf mit der Entscheidung des Landgerichts in Braunschweig (siehe Bauernstimme 3/00), so bleiben von den 529 Sorten, für die die STV vor dem Landgericht Düsseldorf einen Auskunftsanspruch angemeldet hatte, lediglich 53 Sorten übrig, die die von beiden Gerichten unmissverständlich gesetzten Kriterien („EU-Schutz“ in Braunschweig und „Schutzinhaber muss STV-Gesellschafter sein“ in Düsseldorf) noch erfüllen. Dass die STV mit dieser Schrumpfkur nicht zufrieden sein kann ist selbstverständlich, dass sie Berufung einlegt und in einer Pressemitteilung aus der Niederlage einen Sieg machen muss ist nachvollziehbar. Unfair ist allerdings, dass sie, anstatt bis zur höherinstanzlichen Entscheidung auf weitere Klagen gegen andere Bäuerinnen und Bauern zu

verzichten, genau das Gegenteil tut und das Land derzeit von ihren Rechtsanwältinnen mit Drohbrieffen überziehen lässt. Darin fordern diese die Angeschriebenen „letztendlich außergerichtlich auf, Ihrer gesetzlichen Auskunftspflicht nachzukommen“ und „machen Sie darauf aufmerksam, dass die Rechtmäßigkeit des Vorgehens unserer Mandantin bundesweit von Gerichten bestätigt worden ist und dass bei einer Klageerhebung erhebliche Kosten auf Sie zukommen würden ...“

Dieses Vorgehen konnte auch der bisher einzige Vorstoß der Bauernverbandsspitze, sich für die Interessen ihrer Basis einzusetzen, nicht verhindern: „Auch wenn ich mir schwerlich vorstellen kann, dass mit diesem Urteil (gemeint ist das Braunschweiger, d. Red.) eine grundsätzlich neue Bewertung der Nachbauregelung erforderlich ist, halte ich bis zur abschließenden gerichtlichen Klärung der Rechtslage hinsichtlich der Auskunftspflicht aus Sicht der Landwirte

eine Aussetzung der bereits laufenden Auskunftsbegehren für sinnvoll“, hatte DBV-Präsident Gerd Sonnleitner dem Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter (BDP) geschrieben und sich dort eine prompte Abfuhr geholt. Ansonsten allerdings arbeitet der Bauernverband eher im Sinne der Züchter. So raten das Mitteilungsblatt des niedersächsischen Landvolkverbandes „Das Landvolk“ wie auch AutorInnen des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLW) im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt Westfalen-Lippe“ weiterhin, der STV umfassend Auskunft zu erteilen. Die Braunschweiger Entscheidung wird so abgehandelt, als müsse jeder, der national geschützte Sorten nachbaut, Auskunft geben. Dass die STV aber nach Ansicht der Richter nicht berechtigt ist, danach zu fragen, ob jemand national geschützte Sorten nachgebaut hat, sondern demjenigen, von dem sie Auskunft über den Umfang einfordern will, den Nachbau zunächst nachweisen muss, das wird sicherheitshalber verschwiegen.

„Strafrechtliche Verfolgung“?

In der Einschätzung des Düsseldorfer Urteils ist der WLW zuversichtlich, dass „die

formellen Mängel, die dieses Verfahren aufweist ... von den Züchtern und der STV problemlos geheilt werden“ können. „Das Landvolk“ weiß noch besser vor Ungehorsam gegenüber der STV zu warnen: „Wer diese Auskunft verweigert, riskiert demnach strafrechtliche Verfolgung.“ Da ist wohl übersehen worden, dass es sich um zivilrechtliche Auseinan-



Landwirt Werner Jäger (5. v.r.) aus Anröchte-Berge (NRW) muss der Saatgut-Treuhand keine Auskunft über den Nachbau geben. Das Landgericht Düsseldorf hat die Klage der Saatgut-Treuhand gegen ihn abgewiesen. Unser Bild zeigt Jäger und weitere aufgebrachte Bauern und Bäuerinnen vor dem Düsseldorfer Landgericht. Foto: Jasper

dersetzungen handelt ... (siehe dazu auch den Leserbrief von Adi Lambke auf Seite 18). Nach solch positiver Presse für ihre Sache verblüfft, dass die STV sich die Mühe gemacht hat, allen Landes- und Kreisgeschäftsstellen des DBV einen Brief zukommen zu lassen, in dem sie verkündet: „Landwirte werden letztendlich in Prozesse getrieben, aus denen sie nur als Verlierer herausgehen werden.“ Ob der Brief, in dem die STV den Verband bittet, seine MitgliederInnen über die Rechtslage zu informieren, auch eine Reaktion darauf ist, dass in den unteren Bauernverbandsebenen zunehmend auch schriftlich Kritik an den Methoden der STV, aber auch am Verhalten der Verbandsoberen geübt wird, kann nur spekuliert werden. Ebenso im Bereich des Spekultativen bleibt, warum man in den oberen Verbandsetagen nicht bereit war und ist, mit einer massiven Kampagne gegen die Nachbaugebühren anzugehen, obwohl die Stimmung an der Basis danach verlangt und man durchaus auch schon aus weniger hoffnungsvollen Fällen Erfolge fabriziert hat. – Die IG gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze ist innerhalb kurzer Zeit auf 460 MitgliederInnen angewachsen ...

Gegen
Nachbau-Gebühren

Auf nach München!

Am 19.4. um 9.50 Uhr steht der 2. Verhandlungstermin in dem Verfahren gegen Interessengemeinschafts-Sprecher Reiner Huber vor dem Landgericht München an. Nach einer spannenden ersten Sitzung verspricht auch dieser 2. Termin weitere Bewegung in den Nachbaustreit zu bringen. Die Anwesenheit zahlreicher Bäuerinnen und Bauern kann da nicht schaden. Im Anschluss findet ein Treffen der IG statt. Weitere Infos: IG-Nachbau siehe S. 23.

Zitate der letzten Zeit

- „Landwirtschaft und Industrie sitzen in einem Boot“
Staatssekretär Dr. Wille, Bundeslandwirtschaftsministerium, laut Agra-Europe
- „Wir stehen am Anfang einer Erntezeit“
Nestlé-Chef Brabeck-Letmathe
- „Wir bekämpfen die Uniformität des Geschmacks, die kulturelle Gleichschaltung durch die großen Ketten und die industrielle Landwirtschaft“
Jose Bove, zu den französischen Aktionen gegen McDonald's
- „Die Landwirte sind längst Global Player“
Dr. Born, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes
- „Nur fünf Prozent der landwirtschaftlichen Produktion kursieren auf den Weltmärkten, aber unter den jetzigen Bedingungen reichen diese fünf Prozent aus, um in der Dritten Welt massenweise Familienbetriebe zu ruinieren“
Jose Bove, französischer Globalisierungsgegner
- „Das Subventionsprinzip der EU ist grotesk. Agrarfabriken, die viel produzieren, erhalten die meisten Zuschüsse. Folge: Brüssel fördert nicht Qualität, sondern Quantität.“
Der Spiegel
- „Supermarktkrieg in Deutschland, das brutale Preis-Gemetzel geht weiter!“
BILD-Zeitung
- „Der Bauernverband bekennt sich eindeutig zu den Siegertypen“
Adalbert Kienle, stellv. DBV-Generalsekretär
- „Wenn wir nur 19 Pfennig für ein Ei zahlen wollen, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass es von Hühnern in Käfigen stammt, die womöglich auch noch obscure Stoffe gefressen haben... Da stellt sich schon die Frage: Was ist uns was wert?“
Gesundheitsministerin Andrea Fischer
- „Lüftungen für mindestens 4,5 Kubikmeter pro kg Lebendmasse und Stunde“
Teil der Mindestanforderungen an die Hähnchenhaltung, vereinbart zwischen Landwirtschaftsministerium und Geflügelwirtschaftsverband Mecklenburg-Vorpommern
- „Den Dax kann man nicht essen“
Greenpeace-Chef Thilo Bode
- „Keine Aktien kaufen!“
Forderung eines Teilnehmers bei der Abl-Zukunftskonferenz
- „Wir haben in Deutschland mehr Bankfilialen als Fleischereien“
Kommentar in den ARD-Tagesthemen
- „Herr Maucher hat sich als verantwortungsbewußter Staatsbürger und als CDU-Mitglied bereit erklärt, auf Anfrage von Herrn Kohl einen Beitrag an die CDU zu leisten“
Nestlé-Sprecher zur 500.000-DM-Spende des Nestlé-Chefs
- „Nestlé produziert Alete ... Alete braucht das Kind ... Kohl braucht Alete ... der Altbundeskanzler braucht nämlich Knete“
Heide Simonis, schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin, laut Focus
- „Die Asche gehört nicht aufs Haupt, sondern aufs Feld“
Brandenburgs CDU-Chef Schönbohm zu den Folgen der Spendenaffäre

Diskussion um gute Praxis

Kommt mit Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes und EU-Agrarministerbeschluss nach dem Zuckerbrot nun die Peitsche für die Landwirtschaft?

Nichts wird bekanntlich so heiss gegessen, wie es gekocht wird. Das gilt auch für die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG), die die Koalition dieses Jahr in Angriff nehmen will. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) fordert die Verschärfung der guten fachlichen Praxis. Weder Koalition noch Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) sehen jedoch akuten Handlungsbedarf.

Es geht ums Geld

Die gute fachliche Praxis legt fest, was den Landwirten ordnungsrechtlich vorgeschrieben wird bzw. was als zusätzliche Leistung für den Naturschutz gewertet und entsprechend honoriert werden muss. Definiert wird die gute Praxis in Deutschland über Fachgesetze wie Boden-, Pflanzenschutzgesetz und Düngeverordnung. Alle Auflagen, die darüber hinausgehen, müssen entschädigt werden, so hat es die alte Bundesregierung 1998 bestimmt – gegen den Widerstand der Länder, die dafür aufkommen müssen. Diese stehen schon in den Startlöchern, um die Bürde bei der neuen Novelle von sich abzuwälzen.

Gute Praxis nun EU-weit

Im Zuge der Agenda 2000 verpflichtet die EU die Landwirtschaft nun europaweit zur Einhaltung der guten fachlichen Praxis. Dies besagt der Beschluss des Agrarministerrats in Brüssel vom 15. November 1999, wobei offen bleibt, was unter guter Praxis überhaupt zu verstehen ist. Kriterien sollen in Anlehnung an Vorarbeiten der OECD* und im Hinblick auf die nächste WTO-Runde erarbeitet werden. Über den Zustand der Agrarumwelt haben die Mitgliedstaaten der EU regelmäßig Bericht zu erstatten. Direkte Anwendung findet die gute fachliche Praxis bei der EU-Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes (VO 1257/99) sowie den Direktzahlungen (VO 1259/99).

Stichproben und Umverteilung

Wurde bisher bei Förderprogrammen nur die Einhaltung der Verträge kontrolliert, so muss nun auch nachgewiesen werden, dass geförderte Betriebe der guten fachlichen Praxis entsprechen. Um einem „unheimlichen“ Ver-

waltungsaufwand zu entgehen, will das BML gezielt Stichproben vornehmen. Hinsichtlich der Direktzahlungen geht Minister Funke davon aus, dass die gute fachliche Praxis in Deutschland durch Fachgesetze ausreichend gesichert ist. Auf die Option, Zahlungen an Umweltauflagen zu binden, ggf. einzubehalten und für ländliche Entwicklungsmaßnahmen umzuverteilen (gemäß der sog. Cross-Compliance-Regelung der Agenda 2000), hat Deutschland verzichtet. Bisher! – wie NABU und WWF betonen, denn aus Sicht des Naturschutzes gehen die Fachgesetze nicht weit genug. Auch das BML räumt gegenüber der Bauernstimme ein, dass Deutschland im EU-Vergleich nicht unbedingt Spitzenreiter im Agrarumweltschutz ist, so dass im Rahmen der europaweiten Umsetzung der guten fachlichen Praxis mit weiteren Vorschriften zu rechnen ist, vor allem bei hohen Tierbestandsdichten in den sog. Veredlungsregionen.

Negative Umweltbilanz

Doch nicht nur hinsichtlich der seit 1993 in Deutschland wieder zunehmenden Stoffeinträge aus Düngung und Pestizideinsatz sieht der NABU dringenden Handlungsbedarf. Auch der Verarmung der Feldflur sowie dem Grünlandumbruch will er mit Vorschriften und Verboten entgegenwirken. So fordert der NABU 5 % ökologische Ausgleichsfläche wie Hecken, Kleingewässer

usw. für jeden Betrieb.

Im Hinblick auf die bevorstehende Novellierung des BNatSchG scheinen solche Ansprüche jedoch wenig realistisch. Solange sich seitens der EU nichts tut, ist es eher unwahrscheinlich, dass die gute fachliche Praxis in Deutschland überhaupt zur Diskussion steht. *we*

*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Ob Pestizide, Gülle, Grünlandumbruch oder ausgeräumte Feldflur ...

... der Naturschutz fordert die Verschärfung der „guten fachlichen Praxis“.





Gemeinsamkeiten finden, statt Konflikte bearbeiten, so stellte Imke Lohmann das Prinzip der Zukunftskonferenz am Freitagnachmittag vor. Da lag noch ein langes, arbeitsreiches Wochenende vor den 70 Teilnehmern

aus der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und ihrem Umfeld. Denn aktive Mitarbeit war gefordert, um die Zukunft der AbL zu ge-

mit dem Gefühl, er bzw. sie sei nicht berücksichtigt worden, so Imke Lohmann. Gearbeitet wurde an festgelegten Gruppentischen. Regelmäßiger Wechsel zwischen sog. Anspruchsgruppen-Tischen - sortiert nach den Schwerpunkten: Bauern; Bäuerinnen; landwirtschaftlichem bzw. nicht-

ein Verständnis von der AbL als Gegenbewegung, die auf politischer Ebene wie in konkreten Projekten tätig werden soll.

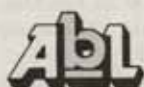
Visionen und Höhenflüge

Nachdem die Teilnehmer sich ihren persönlichen Einsatz für die AbL be-

interne Kommunikation auch mit neuen Medien, Aktionen, Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, internationale Vernetzung, AbL-Frauen, Jungbauern und -bäuerinnen, Arbeitsplätze im ländlichen Raum, Regionalentwicklung, mehr Medienkompetenz.



Keine Arbeitsgruppen fanden sich zu den Zielen:



Wir bewegen uns für Aufwind in der bäuerlichen Landwirtschaft



Eindrücke und Ergebnisse der AbL-Zukunftskonferenz vom 25. bis 27. Februar. Gespielte Träume und Visionen: AbL im Jahr 2012 (v.l.n.r.): Regionalberatung als Dienstleistungsangebot; Flug im Zeppelin über AbL-Projekte; eigener Fernsehsender mit AbL-Nachrichten; Illusionen, die wie Luftballons zerplatzen, und Visionen, die aufsteigen. Moderiert wurde die Zukunftskonferenz von Imke Lohmann und Horst Luley (o.l.). Organisation und Dokumentation leisteten Andrea Fink-Keßler und Frieder Thomas (u.r.). Fotos: U. Ottenotbrock-Völker (u.r.), ansonsten F. Thomas

stalten und Aufwind in die bäuerliche Landwirtschaft zu bringen, so das Motto der Tagung. Alle Entscheidungen sollten im Konsens getroffen werden und niemand nach Hause fahren

landwirtschaftlichem Umfeld; Bewegung; Politik, Medien und Wissenschaft; Landesverbänden und Regionalgruppen; Mitarbeitern; Vorstand - und gemischten „Max-Mix-Tischen“ brachte nicht nur Bewegung, sondern bewirkte schnelles Kennenlernen der Teilnehmer.

Zudem sollte das ganze, offene System der AbL in einen Raum gebracht und untersucht werden, so Andrea Fink-Keßler.

Rückblick mit Lust und Frust

Der Rückblick in die Vergangenheit spannte sich dabei vom ganz Persönlichen über die AbL bis zur Gesamtgesellschaft. Auf großen Wandtafeln sammelten sich Stichworte zu Entwicklungen der 70er, 80er und 90er Jahre von Generationenkonflikt, Umweltbewegung, Bio-Landbau, NEULAND bis zu Weltmarkt und Enttäuschung über die GRÜNE Wende '98. Zu aktuellen Trends wurde eine sog. „Mind Map“ (Landkarte des Bewußtseins) erstellt mit zahlreichen Verzweigungen. Prioritäten setzten die Teilnehmer mit Punkten. In den Gruppen wurden Antworten auf die wichtigsten Trends erarbeitet, teilweise als konkrete Maßnahmen. Aber es zeigte sich auch, dass noch viel Diskussionsbedarf besteht z.B. hinsichtlich Ökonomisierung aller Lebensbereiche, Weltmarktpreis usw. Deutlich wurde bei vielen

wusst gemacht hatten mit Stolz - sehr selbstbewußt die Bäuerinnen -, aber auch Bedauern über die vielen unerfüllten Ansprüche - vor allem bei den Hauptämlichen -, ging es an den Entwurf der Zukunft im Jahr 2012. Als Fernsehsendung, Konferenz, Rundflug usw. präsentierten die Gruppen am Samstagnachmittag ihre Visionen farbenfroh und lebendig. Dabei kam es zu wahren Höhenflügen bei Gedanken, dass scharenweise neue Mitglieder in die AbL eintreten, diese 2012 über Regionalbüros, Auslandsvertretungen, Fernsehsender, Landdiscos verfügt und es die Bauernstimme wöchentlich am Kiosk gibt. Bei soviel Höhe schwindelte manchem AbL-Mitglied und kritische Stimmen fragten, ob man das denn überhaupt wolle. Wieder auf dem Boden der Tatsachen gelandet, sammelten die Gruppen Gemeinsamkeiten und formulierten daraus Ziele.

Bildung von Arbeitsgruppen

Im abschließenden Forum wurden nur Ziele mit völligem Konsens beschlossen und zu folgenden Schwerpunkten Arbeitsgruppen gebildet: neue Organisationsformen und Finanzquellen,

Erweiterung des AbL-Dienstleistungsangebots, professionelle Selbstdarstellung, stärkerer gesellschaftlicher Einfluß sowie regionale Verankerung der AbL.

Die elf neugegründeten Arbeitsgruppen haben zum Abschluss der Zukunftskonferenz konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Ein Folgetreffen findet zur AbL-Mitgliederversammlung im November in Altenkirchen statt. Dort werden die Gruppen erste Ergebnisse präsentieren. Bleibt zu hoffen, dass der Schwung der Zukunftskonferenz die AbLer und AbLerinnen noch lange in Bewegung hält. Denn, so ein Teilnehmer, „bäuerliche Wärme sorgt bekanntlich für Aufwind“.



Vom Staffelpreis bis zur Hofmolkerei

Berichte von Praktikern auf der bundesweiten Milchtagung von AbL, KLJB und AG Ländliche Entwicklung

Rund 40.000 Liter Milch im Jahr verarbeitet Beate Henne aus dem nordhessischen Hofgeismar zu Schnittkäse, den sie über den eigenen Hofladen, über Metzgerläden und Marktstände anderer Direktvermarkter verkauft. Wie sie die Käseerei und Direktvermarktung in den

und ihr Milchfettgehalt von 6 % ermöglicht eine weit höhere Käseausbeute (8 – 8,5 l Milch pro kg Käse).

Hamfelder Hof

Von einem innovativen Projekt der Milchvermarktung konnte im Anschluss daran auch Heinz-Harald Elfenkämper berichten. Der Biolandwirt aus Schleswig-Holstein hat – nach frustrierenden Erfahrungen mit dem Vorzugsmilchabsatz – zusammen mit Kollegen die Biomilchmarke „Hamfelder Hof“ entwickelt, unter der zur Zeit rund 700.000 kg Biomilch pro Monat abgesetzt werden. Das Besondere an der Milch ist das Erhitzungsverfahren, das aus der Biomilch eine hocherhitzte Vollmilch macht, die geschmacklich der Vollmilch weit ähnlicher ist als der H-Milch, aber rund 18-20 Tage haltbar ist. Die in der Molkerei Trittau verarbeitete und in Karton abgefüllte Milch hat nicht zuletzt deshalb einen guten Absatz im Naturkosthandel und konventionellen Handel gefunden. „Wir könnten mehr verkaufen als wir anbieten können“, so Elfenkämper.

Tuffi-Staffelpreis

Aus dem nordrhein-westfälischen Sauerland berichtete Dorothee Biermann. Ihr Thema war der bäuerliche Widerstand gegen den von den Milchwerken Köln/Wuppertal eG (MKW, Marke „Tuffi“) eingeführte Staffelpreis, wonach die Genossenschaftsmitglieder mit einer hohen Anlieferungsmenge seit November letzten Jahres einen höheren Preis für die gleiche Milch erhalten als Mitglieder mit geringer Liefermenge (siehe Bauernstimme 2 und 3/00, S. 8, sowie Seiten 12-13 dieser Ausgabe). Dorothee Biermann bewertete das

Vorgehen der Molkereispitze, mit diesem Staffelpreis die größeren Betriebe halten zu wollen, als ein „Zeichen von defensiver Marktstrategie und von Schwäche“. Wenn alle Molkereien einen solchen Staffelpreis einführen, wäre der Effekt weg und die Preisstaffelungen der verschiedenen Molkereien würden sich immer weiter in die Höhe treiben.

Quotenbörse

Über die Auswirkungen der neuen Milchquotenbörse referierte Bernd Voß, Bundesvorstandsmitglied der AbL und Milchbauer in Schleswig-Holstein. Durch die neue Börse komme es bei den aktiven Milchbauern zu einem Eigenkapitalverlust von bis zu 10 Mio. DM, denn nach dem ab dem 1. April gültigen System müssten auf Dauer alle derzeit gepachteten Quoten an die Börse gebracht und gekauft werden. Das bedeute, dass das Fremdkapital bzw. die Banken jetzt auf den bisher noch relativ gut mit Eigenkapital ausgestatteten Milchviehbetrieben endgültig Einzug halten.

Den Abschlussvortrag hielt Dr. Grupp, Leiter der Besamungsstation München-Grub. Er kritisierte eine wachsende Diskrepanz zwischen den Zielen der Zuchtorganisationen und den Bedürfnissen der Bauern. Er versuche, den Landwirten nicht mehr die Bullen anzupreisen, die nur hohe Milchleistung versprechen, sondern die, die auch bei anderen Merkmalen wie Vitalität Pluspunkte aufzuweisen haben.

uj

Eine Dokumentation der Milchtagung erscheint demnächst wieder als „Arbeitsergebnisse“ der AG Ländliche Entwicklung und ist dann über den AbL-Verlag zu beziehen.



Die Referenten der Milchtagung (v.l.): Bernd Voß (AbL), Josef Jacobi (Moderation), Dorothee Biermann (Interessengemeinschaft gegen den Staffelpreis), Beate Henne, Franz-Josef Dohle (IG gegen Staffelpreis), Heinz-Harald Elfenkämper (Hamfelder Hof), Dr. Thomas Grupp (Besamungsstation München-Grub). Foto: Jasper

letzten acht Jahren aufgebaut hat, erläuterte die Bäuerin auf der bundesweiten Milchtagung von AbL, KLJB und AG Ländliche Entwicklung.

Zum Betrieb Henne gehören heute rund 40 ha Grünland und 160 Jerseykühe (850.000 kg Quote) – die letzten Schwarzbunten sind vor zwei Jahren vom Hof gekommen. „Wir hatten große Probleme mit den Schwarzbunten: Klauen, Zellzahlen, Geburten. Die Mehrleistung bei der Milch wurde aufgeessen durch die höheren Tierärztkosten und die Klauenpflege“, berichtete Frau Henne. Die Jerseys seien dagegen viel pflegeleichter, bräuchten rund ein Drittel weniger Futter

Europäische Milchbauernkonferenz



Mit auf dem Podium der Europäischen Milchbauernkonferenz in Galizien war Maria Heubuch, AbL-Bundesvorsitzende und Bäuerin aus dem Allgäu, (3. v.r.)

Anfang Februar hatte die Europäische Bauernkoordination CPE Milchbauern und -bäuerinnen von 18 Mitgliedsorganisationen aus 11 europäischen Ländern nach Galizien eingeladen, um über die Milchmarktordnung der EU zu debattieren. Als Ergebnis der Konferenz,

an der auch die AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch teilnahm, ist eine Resolution auf den Weg gebracht worden, die derzeit noch zwischen den Verbänden abgesprochen wird. Darin wird vor allem der niedrige Milch-

erzeugerpreis beklagt. Der Preisverfall sei vor allem auf den Produktionsüberschuss in der EU von rund 20 % zurückzuführen. Die immer wieder von der Politik in Aussicht gestellten guten Entwicklungsperspektiven am Weltmarkt hätten sich aufgrund der Finanzkrisen in Rußland und Asien nicht bewährt.

Vor diesem Hintergrund müsse eine Reform der EU-Milchmarktordnungen schon 2003 und nicht erst 2008 kommen. Zielpunkte müssten sein: Streichung der Exportsubventionen; Erzeugerpreise, die die Kosten und die Arbeit angemessen bezahlen; Berücksichtigung der Interessen der Bauern in den Ländern, in die aus der EU exportiert wird; umweltschonende Produktion, Verarbeitung und Transport.

Erreicht werden sollen diese Ziele u.a. durch folgende Maßnahmen: Die EU-Produktionsmenge soll sich an der Binnennachfrage orientieren, d.h. sie soll reduziert werden. Die Produktionsenkung soll vor allem in den Betrieben mit großen Quoten und geringem Arbeitskräftebesatz erfolgen. Exporte sollen nicht mehr bezuschusst werden. Die Osterweiterung der EU darf nicht als Vorwand für Preisenkungen in der EU missbraucht werden, vielmehr müssten die Preise in den Beitrittsländern steigen. Die Milcherzeugung soll vor allem aus dem Grundfutter erfolgen, d.h. die Grünlandwirtschaft ist finanziell zu fördern – die Silomaisprämie soll abgebaut und hierfür verwendet werden.

uj

Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne", so schrieb einst Hermann Hesse. Ich stehe am Anfang. Wo ist der Zauber?

Es ist Anfang März, draußen ist es noch ziemlich kalt. Vor zwei Wochen habe ich mein Büro hier auf dem Hof eingerichtet. Ein Meilenstein in meinem Lebenslauf. Ich werde nun also die Familientradition weiterführen. Jetzt doch noch; in all den Jahren der inneren und äußeren Suche hatte ich nie geglaubt, dass das Ziel so nahe liegt.

Ich bin heute früh aufgestanden, da ich den Winterdienst im Dorf übernommen habe. Frühstück, Wohnung in Ordnung halten, Ausruhen, Lesen: Bauernstimme, Kritischer Agrarbericht, aber auch die Broschüre der deutschen Saatguttreuhand, in der uns Bauern die Nachbaugebühren „verständlich“ gemacht werden sollen. Gestern habe ich erneut Post von denen bekommen. Da heißt es: „Wir fordern Sie hiermit letztmalig auf, Ihrer gesetzlichen Auskunftspflicht nachzukommen und die Ihnen bereits vorliegenden Formulare ausgefüllt und unterzeichnet an uns zurückzusenden.“

Ich habe natürlich sofort reagiert: Endlich habe ich den Antrag auf Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft gegen die Nachbauregelung durchgeführt, und ich bin heilfroh, dass ich durch die Abl. über zuverlässige Informationsquellen verfüge, von denen ich bei den hier ansässigen Institutionen nur träumen kann. Ein Blick in die Landvolkzeitung verrät viel über diese Mentalität: Hier wird nicht nur die Interessengemeinschaft gerügt, sondern auch Bedauern über das Verbot vom Bt-Mais ausgedrückt, wobei natürlich das betroffene Opfer Novartis selbstverständlich zu Wort kommen darf. Die Armen! Die zugehörige Werbeanzeige sagt das Übrige: 'Ich kann gar nicht soviel fressen wie ich kotzen möchte', denke ich laut vor Ärger. 'Sind die Bauern denn so blöd, dass sie all den Scheiß auch noch glauben und brav das tun, was ihnen gesagt wird?'

Mir fällt dazu ein Satz ein, den ich auf der Agritechnika in einem Buch gelesen habe: „Der deutsche Bauernverband ist der einzige Verein, der plan-

mäßig die Reduzierung der eigenen Mitglieder durchführt.“ ...

Wo bleibt also der Zauber?

Der Blick in den Kritischen Agrarbericht ist auch eher illusionszerstörend als aufmunternd: WTO, GATT, Welt-

litonen über die letzten beiden Semester in Witzenhausen geplant und durchgerechnet habe, in dieser oder ähnlicher Form Realität werden soll. Aber nun erst mal langsam ankommen hier und mich vertraut machen. Bevor

ren Zusammenhang kann ich auch begreifen, dass alle Schwierigkeiten, die ich noch zu bewältigen habe, auch als Chancen und Herausforderungen gesehen werden können.

So gehe ich weiter und klettere die Böschung hoch, an der ich als Kind manchmal gespielt habe. Heute spielen da keine Kinder mehr! Die großen Trauerweiden, an denen wir damals unsere Bretter zum Budenbau nagelten, und der riesige Kastanienbaum, unter dem wir im Herbst oft Kastanien aufsammelten, sind vor zwei Jahren abgesägt worden. Die Stümpfe sind noch da ... Vor der Böschung steht der alte Dreschschuppen – da haben wir früher immer das Getreide hin verkauft, und es gab Limonade umsonst. Abends wurde auch Bier getrunken (natürlich nur von den Erwachsenen), und die Bauern haben lange geplaudert.

Während ich in Kindheits-erinnerungen schwelgend an dem Schuppen vorbei gehe, den jetzt ein Landwirt als Lager gepachtet hat, ist mein Blick nach vorn gerichtet und die Gedanken an die Vergangenheit werden durch Zukunftsgedanken ersetzt. Hier oben war das Dorf bisher zu Ende. Bald wird auch das Vergangenheit sein, denn ein Neubaugebiet ist hier bereits beschlossene Sache.

Wieder ärgere ich mich. Doch als ich zum Himmel herauf schaue, sehe ich die Sterne wieder. Der Zauber ist immer noch da. – Und hoffentlich nicht nur am Anfang.

Arnd Berner



Ich stehe am Anfang. Wo ist der Zauber?



markt, Gentechnik. In welchem Karussell sitzen wir eigentlich?

Grundsatzdiskussionen über Agrarpolitik und Öko-Landbau mit meinem Vater sind immer wieder von Neuem ermüdend.

Ja, so verbringe ich den Sonntag, und es meldet sich zudem die Angst, hier in der Gegend letztendlich allein auf weiter Flur zu stehen, wenn ich mit dem, was ich denke und fühle, in größerem Ausmaß an die Öffentlichkeit gehe. Und das werde ich zwangsläufig tun müssen, wenn die Umstellung, die ich zusammen mit neun weiteren Kommuni-

ten wirklich umstelle, gehen sicher noch drei Jahre ins Land, und da müssen dann noch fundamentale Grundsatzfragen geklärt werden.

Ein Abendspaziergang soll zur Besinnung führen: Ich laufe im Dunkeln über meine Äcker und weiß, das Getreide steht gut. Von weitem höre ich den Bach rauschen. Am Himmel sehe ich seit langem wieder Sterne. Ich atme tief ein, entspanne mich und fühle den Boden unter meinen Füßen. Da ist die Verbundenheit und der Zauber, und ich weiß, dass das, was ich tue, genau das Richtige ist. In diesem große-

Betriebsspiegel

100 ha Ackerbau, davon 72 ha Getreide (57 ha Winterweizen, 15 ha Wintergerste), 14 ha Raps, 9 ha Zuckerrüben, 3 ha Brache.

Arnd Berner hat den Betrieb in Südniedersachsen 1998 von seinen Eltern gepachtet, die ihn noch tatkräftig unterstützen. Zur Zeit schreibt er seine Diplomarbeit in Witzenhausen zum Thema Markt- und Vermarktungsanalyse des Betriebes unter ökologischen Bedingungen.

Große stagnieren, Kleinere behaupten sich

Die größten Handelsunternehmen wurden auch in diesem Jahr von der Lebensmittelzeitung und M+M Eurodata aufgelistet: Die größten Umsätze mit Lebensmitteln vereinigen demnach auf sich, die Edeka-Gruppe mit knapp 39 Milliarden DM, die Rewe-Gruppe mit 38 Mrd., gefolgt von Aldi mit 30 Mrd., der Metro-Gruppe (einschließlich Real und Extra) mit 27 Mrd., Tengelmann und Lidl mit jeweils 18 Mrd. und der Spar-Gruppe mit 14 Mrd. (angegeben jeweils nur die Umsätze mit Food, ohne Nonfood). Der US-Konzern Wal-Mart rangiert (bisher) noch hinter Schlemmer, der Dohle-Gruppe und Globus. Vom Lebensmittel-Umsatz her wesentlich kleiner, aber oft umso bedeutsamer und innovativer bei der Vermarktung regionaler oder ökologischer Produkte, sind kleinere Handelsunternehmen wie Tegut/Fulda (1,5 Mrd.), Coop Schleswig-Holstein, Bartels-Langness/Kiel, Norma/Nürnberg oder Ratio/Münster. Die Wachstumsraten dieser kleineren regionalen Ketten lagen im letzten Jahr durchweg wesentlich über denen der großen Handelskonzerne, die stagnierende und sogar rückläufige Umsätze melden. Dies ist sicher eine Folge des ruinösen Preiskampfs unter den großen Acht und ihrer Preisdrückerei gegenüber ihren Lieferanten. en

Schlacht-Roboter

Nach dem Vorbild der Brauereiwirtschaft will die dänische Schweinefleisch-Brancheorganisation Danske Slagterier mit einer Investition von 65 Mio. DM in den nächsten Jahren die Arbeit in den Schlachtereien weitgehend automatisieren. Die Konzerne der Danske Slagterier schlachten jährlich etwa 20 Millionen Schweine. en

Europas Nr. 2 der Geflügelbranche schlingert

Der in Frankreich ansässige Geflügelvermarkter Bourgoin S.A., Chailly, steht laut Lebensmittelzeitung anscheinend vor dem finanziellen Kollaps. Die hinter Doux gemeinsam mit LDC zweitgrößte Unternehmensgruppe in Europas Geflügelbranche musste im März für ihre Vertriebs-Tochter BSAD wegen Zahlungsunfähigkeit Konkurs anmelden. Über die laut Presseberichten mit 387 Mio. DM verschuldete BSAD (Umsatz 1999 rund 1 Mrd. DM) wickelte die Gruppe drei Viertel ihres Gesamtumsatzes ab. Derzeit sucht die Unternehmensgruppe nach Geldgebern und strukturellen Lösungen der Lage. Bourgoin S.A. beschäftigt etwa 6.000 Mitarbeiter in 40 industriellen Anlagen. Laut Lebensmittelzeitung sind 30 % der Produkte „auf Puten- der Rest auf Hähnchenbasis gefertigt“. 20 % der Produktion werde in andere EU-Länder exportiert. In Deutschland ist die Gruppe vor allem mit der Marke Chaillotine vertreten. pm

Lachs-Massenproduktion

Der niederländische Mischkonzern Nutreco baut seine weltweit führende Position als Lachsvermarkter aus. Das Unternehmen wird vom norwegischen Energie- und Düngkonzern Norsk Hydro dessen Tochterfirma Hydro Seafood übernehmen. Die Massenhaltung von Speisefischen in Aquakultur ist derzeit mit einer jährlichen Zunahme von 10 Prozent der wachstumsstärkste Nahrungsmittelsektor der Welt. Nutreco ist nicht nur in der Lachs-Vermarktung aktiv, sondern auch in den Bereichen Fisch- und Tierfutter, Geflügel- und Fleischvermarktung. en

System-Gastronomen

Die größten Gastronomie-Ketten in Deutschland sind laut Lebensmittelzeitung: McDonalds (4,2 Mrd. DM Umsatz), LSG-Lufthansa (1,3), Autobahn Tank & Rast (0,9), Mitropa (0,6), Burgerking (0,5), Nordsee (0,5), Dinea (0,5), Mövenpick (0,3) und Karstadt (0,3). en



Stallbauten für weniger als 250 Sauen oder 700 Mastschweine haben von den geplanten Gesetzesänderungen nichts zu befürchten.

KURZES AM RANDE

Spanische Mastgrenzen

Neue Verordnung mit Bestandsobergrenze bei 7.200 Mastplätzen pro Betrieb

Die spanische Regierung hat Anfang März eine neue Verordnung verabschiedet, mit der die extremen Auswüchse der intensiven Schweineerzeugung gekappt werden sollen. Die vom Landwirtschaftsministerium in Kooperation mit dem Fachverband der Schweinehalter (Anprogor) erarbeiteten Auflagen ziehen Bestandsobergrenzen ein, die deutlich machen, dass nur die „unkontrollierte Expansion“ der Schweinemast als kritisch angesehen wird. Die absolute Obergrenze ist auf 864 Großvieheinheiten (GV) pro Betrieb festgesetzt worden, was 900 Sauenplätzen bzw. 7.200 Mastplätzen entspricht.

Neben dieser Obergrenze wird eine Einteilung der Betriebe in vier Kategorien mit abgestuften umwelt- und veterinärrechtlichen Auflagen eingeführt. Neue Betriebe ab 120 GV müssen demnach einen Mindestabstand zum nächsten Schweineerzeugenden Betrieb von 1 km einhalten. Auch die Güllewirtschaft und die Veterinärkontrollen bei Tiereinfuhren aus anderen Ländern werden neu reguliert. Auf das Problem der vielen ohne Genehmigung errichteten oder erweiterten Stallanlagen wird dadurch reagiert, dass

für diese Ställe innerhalb von anderthalb Jahren nach In-Kraft-Treten der neuen Verordnung bei den regionalen Behörden die Zulassung beantragt werden muss. Das spanische Landwirtschaftsministerium hält eine Regulierung der Schweineerzeugung für dringend notwendig, um „Probleme wie in anderen EU-Mitgliedsländern zu verhindern“. In Spanien hat sich der Schweinesektor im letzten Jahrzehnt drastisch verändert, die Schweinefleischerzeugung hat sich seit dem Beitritt Spaniens zur EU im Jahre 1986 bis heute von 1,4 Mio. t auf 2,6 Mio. t fast verdoppelt, wobei die Zahl der geschlachteten Tiere von 19 Mio. auf 31 Mio. gestiegen ist. Damit ist das südeuropäische Land nach Aussagen seines Landwirtschaftsministeriums zweitgrößter Schweinefleischproduzent in der EU - nach Deutschland und vor Frankreich, Dänemark und den Niederlanden. Neben einer Vielzahl immer noch bestehender Kleinbetriebe gebe es Unternehmen, die völlig unkontrolliert gewachsen seien, so das Ministerium. Dem soll die neue Verordnung entgegenwirken. Branchenvertreter, so heißt es, seien mit der neuen Verordnung insgesamt zufrieden. pm

Umweltministerium plant schärfere Auflagen

Ausdehnung der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung bei Stallbauten

Das Bundesumweltministerium (BMU) arbeitet derzeit an der jahrelang verzögerten Umsetzung zweier europäischer Umweltrichtlinien. Nach einem Vorentwurf eines Artikelgesetzes ist vorgesehen, bei Stallneubauten die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung auszudehnen und gleichzeitig auch die zum 1.1.1997 erfolgte Anhebung der Genehmigungsgrenzen nach Bundesimmissionsschutzgesetz wieder zurückzunehmen.

Diese Herabsetzung der Tierbestandsgrenzen, bis zu denen ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren ohne Öffentlichkeitsbeteiligung möglich ist, dürfte auf großen Widerstand aus den landwirtschaftlichen Verbänden und auch aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium stoßen. Damals wurden die Grenzen heraufgesetzt von 7.000 auf 20.000 Hennenplätze, von 14.000 auf 40.000 Mastgeflügelplätze, von 700 auf 2.000 Mastschweineplätze, von 250 auf 750 Sauenplätze (einschließlich Ferkel bis 30 kg) und von 7.000 auf 20.000 Putenplätze.

Was die UVP-Pflicht angeht, so sieht der Gesetzentwurf drei Stufen vor. Danach soll für Stallanlagen mit mehr als 3.000 Mastschweinen (ab 30 kg) oder 900 Sauen oder 60.000 Legehennen die Erstellung und Vorlage einer UVP auf jeden Fall Pflicht werden, d.h. für diese Anlagen muss dem Genehmigungsantrag eine UVP beiliegen. Für Anlagen, die für 2.000 bis 3.000 Mastschweine oder 750 - 900 Sauen oder 20.000 - 60.000 Hennen ausgelegt sind, soll eine UVP nur dann Pflicht werden, wenn die Prüfung des konkreten Stallprojektes negative Auswirkungen auf die Umwelt erwarten lässt. Die dritte Stufe sieht eine UVP nur bindend vor für Anlagen in ökologisch besonders empfindlichen Gebieten und mit geplanten Tierbeständen von 700 - 2.000 Mastschweinen oder 320 - 750 Sauen oder 7.000 - 20.000 Hennen (entsprechende Zahlen gelten für weitere Tierarten). Der Gesetzentwurf befindet sich derzeit im Abstimmungsverfahren zwischen den beteiligten Ministerien (Umwelt, Landwirtschaft, Justiz). uj

10 Jahre Wende in Ostdeutschland

Zunahme der Betriebe bei weniger Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und Genossenschaften als LPG-Nachfolger in der Krise

Vieles ist mächtig geschrumpft in den zehn Jahren Aufschwung Ost: die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte um 80 %, der Schweinebestand um 70 %, die

Rinderzahl um 50 %. Dabei muten die Betriebsstrukturen riesenhaft an: Einzelunternehmen im Haupterwerb sind mit durchschnittlich 130 ha gut dreimal so

groß wie im Westen, Personengesellschaften bringen es auf 400 ha. Beide bewirtschaften jeweils knapp ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Osten. Über die Hälfte ist den juristischen Personen als LPG-Nachfolgern verblieben bei einer durchschnittlichen Größe von 1.000 ha. Doch deren Stern sinkt, wie top agrar in ausführlichen Reportagen darlegt. Viele haben sich von Genossenschaften zu GmbHs umgewandelt, um flexibler zu werden. Fachleute attestieren den Genossenschaften zu hohe Lohnkostenbelastung bzw. mangelnde Managementfähigkeit und rechnen mit weiteren Betriebsaufgaben.

Groß heißt nicht unbedingt erfolgreich. So geht der Trend laut top agrar bei den Milchkuhen weg von den Beständen über 1.000 Kühen, es mehren sich die zwischen 100 bis 200 Tieren. Bei den Schweinen tendieren die Betriebe zu 400 Sauen bzw. über 2.000 Mastschweinen. Enorm war die Steigerung der durchschnittlichen Milchleistung, womit der Westen überholt wurde. Wirtschaftlich war sie nicht! So wird die Milchviehhaltung im Osten derzeit aus dem Marktfruchtbaubsubventioniert. Oft geht es den Betrieben nur noch darum, die Quote solange zu halten, bis sie handelbar wird. Ein Drittel der Milchmenge wird laut Expertenmeinung künftig den Besitzern wechseln. Eingekauft in ostdeutsche Milchviehbetriebe haben sich vor allem Niederländer. Westdeutsche sind mehr an Ackerbaubetrieben interessiert. Die sind aber kaum noch zu haben. Auch die niedrigen Pachtpreise ziehen nun deutlich nach.

Gewinn macht gemäß Agrarbericht 2000, wer wenig Arbeitskräfte (AK) braucht. Das sind im Osten die Personengesellschaften mit durchschnittlich nur 1 AK je 100 ha im Marktfruchtbaub bzw. 2 AK je 100 ha im Futterbau, dicht gefolgt von den Einzelbetrieben im Haupterwerb. Die juristischen Personen mit 1,8 AK bzw. 2,7 AK je 100 ha erzielen dagegen kaum Gewinn. Ihre Eigenkapitalrente liegt im Durchschnitt bei 0,5 % bzw. 0,2 % gegenüber 22,8 % bzw. 10,5 % bei den Personengesellschaften. Doch nicht allein aus sozialen Gründen halten die juristischen Personen als LPG-Nachfolger ihre Arbeitskräfte. Sie fürchten auch, dass diese bei Entlassung ihre Flächen mitnehmen. Insgesamt stieg die Anzahl der Betriebe im Osten mit der Wende um fast 40 %, während sie im Westen um ein Drittel zurückging. 1999 gab es laut BML in den neuen Ländern 30.000 Betriebe bei stabiler Tendenz, in den alten dagegen 434.000 bei abnehmender Tendenz. *we*



Ein idyllisches Dorf in Mecklenburg-Vorpommern

Aufruf zur

Gründung eines Landesverbandes der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft AbL in Mecklenburg-Vorpommern

Anfang März dieses Jahres trafen sich Landwirte klein- und mittelbäuerlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern, um die Gründung eines Landesverbandes der AbL vorzubereiten. Es ist geplant, diesen in der ersten Maihälfte in Anwesenheit des AbL-Bundesvorsitzenden Graefe zu Baringdorf zu gründen.

Die einflussreichste Interessenvertretung für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist bisher der Deutsche Bauernverband (DBV). Dieser ist vor allem ein Vertreter der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Dies wurde durch seine Lobbyarbeit während der Verhandlungen zur Agenda 2000 deutlich. Der Verzicht auf eine Degression bei Flächenbeihilfen (größenabhängige Abstufelung) und auf Bestandsobergrenzen z.B. für die Rindermast ist wesentlich auf den Einfluss des DBV zurückzuführen. Diese Politik widerspricht direkt den Interessen bäuerlicher Betriebe, vernichtet Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und gefährdet die für das Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern unverzichtbare intakte Natur zugunsten von wirtschaftlichen Interessen weniger Großbetriebe.

Die AbL setzt sich dagegen für klein- und mittelbäuerliche Strukturen ein und fördert z.B. im AgrarBündnis umweltschonende Wirtschaftsweisen. Ein Beispiel dafür ist das von der AbL mit initiierte NEULAND-Qualitätsfleischprogramm, das auch kleineren Betrieben eine rentable Rind- oder Schweinefleischproduktion ermöglicht.

Ansprechadressen:

Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ /Fax: 038453-20400
Helmut Ernst, Dorfstr. 11, 18292 Koppelow, ☎ /Fax: 038451-70372
Bernd Heller, 17212 Groß Vielen, ☎ 03962-210816, Fax: -212858

Welfenprinz ohne Ost-Güter

Der aus anderem Zusammenhang bekannte Welfen-Prinz Ernst-August von Hannover ist vor dem Verwaltungsgericht Magdeburg mit seinem Versuch gescheitert, die 1948 von der Sowjetunion enteigneten Besitzungen in Sachsen-Anhalt zurückzubekommen. Dabei ging es um zwei Schlösser, ein Klostergut, ein Rittergut sowie weitere Landgüter mit insgesamt 10.000 Hektar land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche. Der Prinz hatte geltend gemacht, dass sein Großvater mit der Abdankung als Herzog von Braunschweig-Lüneburg im Jahre 1918 auch die deutsche Staatsangehörigkeit verloren habe und nur noch britischer Staatsbürger war. Ausländer aber waren vor Enteignungen geschützt. Das Gericht präsentierte jedoch Dokumente, wonach der Großvater des Prinzen im Jahre 1946 gegenüber den Alliierten selber seine deutsche Staatsangehörigkeit bekundet hatte. Der Enkel muss sich demnach künftig mit seinen Besitzungen im Westen begnügen. *en*

Der Termin

Hochrangige Gäste werden auf dem Gründungstreffen der AbL Mecklenburg-Vorpommern auf dem Podium diskutieren: Dr. Gerald Thalheim, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium; Landesminister Till Backhaus und AbL-Bundesvorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Thema der Diskussion: Zukunft der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern – Bauernhöfe oder Agrarfabriken. Termin: 8. Mai 2000, 13.00 Uhr, Gaststätte Thünnengut, 17268 Tellow (südöstlich von Rostock an der B 108).

Der Keil namens Staffelpreis

Besonders bei den Genossenschaftsmolkereien sät die Einführung von Preisaufschlägen für große Liefermengen Unfrieden unter den Genossen. Aktuelles Beispiel ist die „Tuffi“-Molkerei in Nordrhein-Westfalen

Die Plage kommt aus Norddeutschland, genau genommen aus den Niederlanden. Nach dem Vorbild niederländischer Molkereien hat die ostfriesische Privatmolkerei Rückert in Aurich 1997 eine Staffelung ihres Milchauszahlungspreises eingeführt, um den Abzug von vor allem großen Milcherzeugern zu holländischen Molkereien zu stoppen. Um weitere Lieferanten von der Kündigung abzubringen und bei sich zu halten, begann Rückert damit, Mengenzuschläge von 2,5 bis zu 4 Pf/kg zu zahlen: 2,5 Pf/kg für die Mengen zwischen 200.000 und 300.000 kg Jahreslieferung, 4 Pf/kg für eine Jahreslieferung ab 600.000 kg.

Den Großen geben

Dem Beispiel Rückert folgten andere Molkereien mit jeweils eigenen Modellen der Preisstaffelung, die alle zum Ziel hatten: die Landwirte mit großen Liefermengen besser zu stellen. Neben der Staffelung in Form von Mengenzuschlägen gibt es die am weitesten verbreiteten, sogar schon bis Bayern (bei einer Molkerei) vorgedungenen angehobenen Grundkostenpauschalen sowie die Stoppkosten. Die Grundkostenpauschale soll die Kosten abdecken, die bei der Molkerei für jeden Milchlieferanten in etwa gleich anfallen, also unabhängig von seiner Liefermenge: Kosten für Milchabholung, Milchuntersuchung, Lieferantenverwaltung. In der Höhe liegen diese vom Milchgeld einbehaltenen Pauschalen heute bis zu 170 DM pro Lieferant. Werden diese 170 DM auf die Milchmenge des Landwirts verteilt, ergibt sich für denjenigen mit geringer Liefermenge eine höhere Belastung pro Liter als für den mit viel Milch. Dieses Prinzip gilt auch für die „Stoppkosten“, die für jeden Stopp des Tanksammelwagens erhoben werden (5 DM/Abholung bei der Nordmilch).

Erster Widerstand

Den ersten großen Widerstand gegen diese Art der Ungleichbehandlung von Lieferanten seitens einer Molkerei gab es erst im Herbst 1997 in Westfalen, als die damaligen Milchwerke Westfalen eG (heute Teil der Humana Milchunion eG) einen Grundkostenbeitrag von 120 DM/Monat einführen wollten. Die aufgebrachtten Genossen haben soviel Druck gemacht, dass sie das Vorhaben zunächst stoppen konnten. Nach der erfolgten Fusion zur Humana Milchunion kam der Grundkosten-

beitrag dann allerdings doch.

Als Ende 1998 mit der Eifelperle die erste deutsche Molkereigenossenschaft Preisaufschläge einführt, gab es den zweiten großen Sturm der Entrüstung unter den kleineren und mittleren Lieferanten. Doch vergebens – der Staffelpreis kam durch (Zuschlag von bis zu 3 Pf/kg ab 55.500 kg/Monat bzw. 666.000 kg/Jahr). Die Eifelperle begründete ihrerseits diesen Schritt mit der Abwanderung von Genossen zur belgischen Genossenschaftsmolkerei Walhorn, die ebenfalls einen Staffelpreis eingeführt hatte.

Riss bei Tuffi

Und nun gibt es seit Wochen Krach bei den Milchwerken Köln/Wuppertal eG (Marke „Tuffi“), weil auch sie – im November letzten Jahres – einen Staffelpreis eingeführt haben, wie schon in den letzten Ausgaben der Bauernstimme berichtet. Dabei informierte der Vorstand die Lieferanten erst im Nachhinein. Doch schwerer wiegt für den lautstarken Unmut, dass die genossenschaftliche Solidarität aus den Fugen gerät. Eine Fülle von Leserbriefen in den Wochenblättern macht deutlich, dass das Thema die Genossen in zwei Lager spaltet. Alte treue und überzeugte Genossen sind „stink sauer“ auf die Molkerei, die sie mal als ihre bezeichneten.

Die Molkereispitze wiederum scheint die Lage falsch eingeschätzt und nicht so viel Widerstand erwartet zu haben. Wie sie mit dem Widerspruch umgeht, lässt vermuten, dass bei ihr die Nerven stark gereizt sind. Auf unterschiedliche Weise geht sie gegen die Organisatoren des Widerstandes vor und versucht, Druck auf die Personen auszuüben, z.B. durch die Androhung einer Klage gegen ein Genossenschaftsmit-

glied auf Unterlassung kritischer Aussagen, die er nicht mal geäußert hat. Doch die Molkereispitze lässt sich bislang durch den auf den Molkereiversammlungen und auch öffentlich vorgebrachten Widerspruch nicht dazu bewegen, den Staffelpreis zurückzunehmen. Rückendeckung bekommen sie dabei von den Landwirten, die von der Staffelung profitieren – oder glau-

kleinen, der unter der niedrigsten Staffel liegt. Bei Tuffi beträgt diese Differenz 2 Pf/kg (siehe Tabelle).

Weiter Widerstand

Der Widerstand gegen diese Ungleichbehandlung geht nun in die nächsten Phasen. Zum einen werden rechtliche Schritte gegen die Molkerei geprüft, die – so der Vorwurf der Interessenge-

Staffelzuschläge der „Tuffi“-Molkerei und die effektiven Auswirkungen bei angenommener Basispreissenkung um 0,80 Pf/

Jahreslieferung pro Betrieb (kg)	offizieller Staffelpreis-Zuschlag	effektive Minder- bzw. Mehreinnahme	jährliche Minder- bzw. Mehreinnahme je Betrieb
bis 200.000	-	- 0,8 Pf/kg	bis - 1.600 DM
200.000 - 319.000	+ 0,25 Pf/kg	- 0,55 Pf/kg	- 1.100 bis - 1.755 DM
319.000 - 438.000	+ 0,75 Pf/kg	- 0,05 Pf/kg	- 160 bis - 219 DM
438.000 - 556.000	+ 1,50 Pf/kg	+ 0,70 Pf/kg	+ 3.066 bis + 3.892 DM
ab 556.000	+ 2,00 Pf/kg	+ 1,20 Pf/kg	+ 6.672 und mehr

(aus einem Faltblatt der Interessengemeinschaft gegen den Staffelpreis)

TUFFI
Da gibt's die Milch ihr Bestes!

Füllst Du auch
des Finanzamts
Kassen, den
Milch-Shake
müssen sie Dir
lassen.

NEU

Vor dem Hintergrund der Milchgeld-Umverteilung bei Tuffi eine etwas zynische Werbung aus der Vergangenheit

ben, zu profitieren. Denn auch wenn der niedrigste Preisaufschlag von 0,25 Pf/kg offiziell bei 200.000 kg Jahreslieferung einsetzt, so setzt sie effektiv erst bei rund 440.000 kg ein, denn um die ganze Sache zu finanzieren, ist der Basispreis für alle um etwa 0,8 Pf/kg gesenkt worden. Dann bleiben nicht mehr viele, die tatsächlich von der Staffelung am Ende mehr in der Tasche haben.

Was jedoch bleibt, das ist die Differenz zwischen dem großen Lieferanten, der die höchste Staffel erreicht, und dem

meinschaft gegen den Staffelpreis – gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt, wie er im Genossenschaftsgesetz verankert und von den gängigen Gesetzeskommentaren bestätigt wird. Zum anderen ist bei den Bauern und Bäuerinnen der Interessengemeinschaft jetzt die Gründung von Liefergemeinschaften oder Milcherzeugergemeinschaften im Gespräch, um vielleicht auch über diesen Weg mehr Gewicht gegenüber ihrer Molkerei zu bekommen.

uf

Als Gemeinschaft der Molkerei gegenüber treten

In Bayern gibt es 61 Milcherzeugergemeinschaften. Sie handeln mit den Molkereien jedes Jahr neu den Milchpreis aus

Obwohl auch in Bayern die Zahl der Milcherzeuger Jahr für Jahr sinkt, steigt dort die Zahl der MEGs – so werden die Milcherzeugergemeinschaften abgekürzt. „Es werden laufend neue Milcherzeugergemeinschaften gegründet, denn was hab ich in der Genossenschaft als einzelner Erzeuger noch zu sagen – gar nichts, überhaupt nichts.“ Das sagt Josef Andres, 56-jähriger Milcherzeuger aus dem südöstlichen Oberbayern. Er ist Landesvorsitzender der bayerischen MEGs, daneben im Vorstand der MEG Wasserburg-Ebersberg, die mit 1.800 Mitgliedern mit zusammen 180 Millionen kg Milch zu den größten MEGs gehört. Die meisten versammeln zwischen 40 und 50 Mio. kg. Die Aufgabe einer MEG besteht vor allem darin, für ihre Mitgliedsbetriebe bei einer oder mehreren Molkereien jeweils zum Jahresanfang den Milchpreis für das kommende Jahr auszuhandeln und vertraglich festzuhalten. Gegenstand der Preisgespräche sind dabei vor allem die Zuschläge, die zum bayerischen Orientierungspreis hinzukommen. Dieser Orientierungspreis wird gebildet aus den Notierungen für Milchprodukte an den Börsen in Kempten und Köln sowie aus Preisermittlungen der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle in Bonn (ZMP). Im letzten Monat lag er bei 50,8 Pf/kg (für Milch mit 3,7 % Fett und 3,4 % Eiweiß). Neben den auch in anderen Bundesländern üblichen Qualitätszuschlägen gibt es in Bayern den so genannten Vermarktungszuschlag, der im letzten Jahr im Schnitt der Molkereien bei 5,5 bis 7,5 Pfennig pro Kilogramm lag und für dieses Jahr etwas angehoben werden konnte. Die MEG von Josef Andres kommt somit derzeit auf einen Preis von 59 Pf/kg bei einem Zuschlag von 8,2 Pf/kg.

Organisation einer MEG

Die meisten bayerischen MEGs werden als eingetragener „wirtschaftlicher Verein“ (wV) geführt, ein paar agieren auch als Genossenschaften, was aber im Gegensatz zum wV mit hohen Kosten (ca. 2.000 DM) für die jährliche Prüfung seitens des Genossenschaftsverbandes verbunden ist. Der wV muss über das Amt für Landwirtschaft beim Ministerium eingetragen werden, wo auch die Jahresberichte vorzulegen sind. Anzumerken ist hier jedoch, dass in anderen Bundesländern die Anerkennung wirtschaftlicher Vereine wesentlich restriktiver gehand-

habt wird.

Die einzelnen Milchbauern werden Mitglied in der MEG, deren Vorstand für ihn dann die Verhandlungen mit der Molkerei führt. Dabei arbeiten MEGs in Bayern zu 95 % mit Privatmolkereien zusammen, aber eben auch mit Genossenschaftsmolkereien, wobei die einzelnen MEG-Mitglieder dann keineswegs auch Mitglieder der Genossenschaft sein müssen

Milchgeld kommt direkt

Milcherfassung, -kontrolle und Milchgeldauszahlung laufen so ab wie ohne MEG: Die Milcherfassung wird von der Molkerei geregelt, und das Milchgeld wird direkt an den einzelnen Landwirt gezahlt. Josef Andres ist auch froh darüber, denn die Erfassung und vor allem die Milchgeldabrechnung würde für eine MEG einen erheblichen Mehraufwand bedeuten. So aber kommen die meisten MEGs ohne hauptamtliche Kräfte aus.

Wenn auch die meisten MEGs nur mit

einer Molkerei zusammenarbeiten, so gibt es doch einige größere, die mit mehreren Molkereien Verträge abschließen. Die MEG Wasserburg-Ebersberg „liefert“ sogar zu 8 verschiedenen Molkereien, wobei nicht unbedingt mit allen der gleiche Preis ausgehandelt wird. Andres: „Dann haben wir immer eine Leitmolkerei, an der sich die anderen orientieren müssen.“ Während allerdings früher noch um Pfennige oder Zehntel Pfennige gefeilscht wurde, geht es heute laut Andres oft nur noch um Hundertstel eines Pfennigs, denn das mache für die größer gewordenen Molkereien gleich einen Batzen Geld aus. Doch beim Mitdenken für die Molkerei gibt es auch Grenzen. „Wenn eine Molkerei nicht spurt“, so Andres, dann komme es auch schon mal dazu, dass eine MEG oder ein Teil

davon die Molkerei wechselt. So sind jüngst rund 40 Mio. kg von der an Müller und andere verkauften Weihenstephaner Molkerei zu Danone gegangen, letztes Jahr gab es Wechsel von Danone zu Bergader usw.

Aus der Geschichte

Der Blick in die Geschichte der ersten Milcherzeugergemeinschaften in Bayern geht in die Jahre 1971/72 zurück. Sie sind nach dem so genannten „Weidinger Milchkrieg“ entstanden, als die Milchbauern gegen die Einführung eines Winter- und eines Sommerpreises bei Nestlé kämpften. Ende der 60er Jahre waren die im damaligen Marktstrukturgesetz staatlicherseits für jede Molkerei festgesetzten Einzugsgebietsgrenzen aufgehoben worden, was im Molkereibereich für Unruhe sorgte



Josef Andres, MEG-Vorsitzender Bayern

und den Strukturwandel in Gang brachte. Um in den wachsenden Molkereien wieder an Gewicht zu gewinnen, schlossen sich Milchbauern zusammen. Doch das Zusammenschließen allein reicht nicht aus, sagt Josef Andres: „Jeden Tag muss man genau wissen, was draußen auf den Milchmärkten los ist. Es ist zu wenig zu sagen, ich mache einmal im Jahr mit der Molkerei ein Preisgespräch.“ *uj*



Im bayerischen Allgäu gibt es derzeit Streit zwischen 3 MEGs

Wenn eine MEG mit zwei anderen nicht zufrieden ist

Im Allgäu gibt es derzeit Unstimmigkeiten zwischen drei Milcherzeugergemeinschaften (MEG), die alle drei zur Molkerei Champignon liefern. Die MEG Unteres Illertal ist mit den Verträgen, die die anderen beiden MEGs mit der Molkerei abgeschlossen haben, nicht zufrieden. Denn die Vorstände dieser beiden MEGs haben bei 6,85 Pfennig Verwertungszuschlag aufgehört, weiter zu verhandeln, während der Vorsitzende der Illertaler MEG, Anton Schmid, nach wie vor 7

Pfennig fordert und nicht darunter landen will. Bei der MEG Illertal sei man „sichtlich geschockt“ gewesen, als die Abschlüsse der anderen MEGs bekannt wurden. Schmid: „Wir haben noch etwas anderes gewollt, als den höchsten Milchpreis unter Wahrung der Einheit und Solidarität unserer Mitglieder mit dem Partner Champignon-Heising auszuhandeln.“ Unmut über den Vertragsabschluss gibt es aber nicht nur bei den Illertalern, sondern auch innerhalb der be-

teiligten MEG „Ottobeuren und Umgebung“. Hier haben 22 Landwirte mit zusammen 5 Mio. kg Quote ihre MEG-Mitgliedschaft gekündigt, weil sie mit dem Verhandlungsergebnis unzufrieden waren. Ein Vertreter der Molkerei kündigte daraufhin an, die Abtrünnigen nicht aufnehmen zu wollen, und er sagte voraus, dass sie es auch bei anderen Molkereien schwer haben werden anzukommen. *pm*

Ein paradoxer Bioschweinemarkt

Bioschweine sind knapp, doch der Preis steigt nicht, und so fällt es schwer, neue Mäster zu finden

Sauensterblichkeit

Die Sterblichkeit dänischer „Jahressauen“ hat sich laut DGS-Magazin in den letzten Jahren verdoppelt und liegt jetzt über 10 %. Häufigste Todesursache ist die Beinschwäche. Schlachtereien berichten, dass immer mehr Sauen mit spröden Knochen angeliefert werden (was auf veränderte Futtermischungen zurückgeführt wird). Viele bekrankte Tiere werden aber auch gar nicht mehr zur Schlachterei transportiert, sondern auf dem Hof „beseitigt“. In Ställen, in denen die Sauen frei herumlaufen können, wird diese Veranlagung zur Beinschwäche besonders sichtbar. ■

Der Bioschweinemarkt funktioniert nicht, wie die Lehrbücher der Betriebswirtschaft es vorsehen. Er reagiert paradox: Bioschweine sind knapp, aber trotzdem steigt der Preis für Bioschweinefleisch nicht.

1999 gab es eine „Schweineschwemme“. Wer seine Schweine nicht ab Hof verkaufen oder über eingespielte Lieferbeziehungen zu „seinem“ Metzger absetzen konnte, musste sich mit weniger als 4,00 DM pro Kilogramm Schlachtgewicht zufriedengeben. Etliche Bioschweinemäster mussten einen Großteil der Tiere in den konventionellen Markt abgeben, d.h. zu konventionellen Preisen verkaufen. In diesem Jahr sind Bioschweine gesucht. Die Erzeugergemeinschaften werben um neue Mäster. Dennoch bekommen die Bauern für ihre Bioschweine weniger ausbezahlt als noch vor zwei Jahren. Kein Wunder, dass kaum neue Mäster zu finden sind. „Dass Bauern den Bioschweinebestand aufstocken, geht nur über den Preis“, meint Heiner Iversen, Vorstandsmitglied der Erzeugergemeinschaft für

Biofleisch in Schleswig-Holstein und Hamburg. „Unser Ziel war immer, dass wir uns mit dem Preis oberhalb von 4,50 DM/kg bewegen, und das erreichen wir momentan außerhalb der Direktvermarktung nicht“, sagt er.

Kostengrenze 4,50 DM/kg

Nach Berechnungen des Versuchs- & Beratungsringes Ökologischer Landbau Schleswig-Holstein e. V. (ÖKORING) erwirtschaftet ein durchschnittlicher Bioschweinemastbetrieb mit 200 Mastschweineplätzen und einer Futtermittelverwertung von 1:3,5 erst bei Verkaufserlösen von 4,50 DM/kg (inkl. MwSt) positive Deckungsbeiträge. In dieser Beispielrechnung (siehe Kasten) wird die anfallende Arbeit mit 2 Std. pro Tier und Jahr veranschlagt, was in etwa den Ergebnissen von Alois Fenneker in der bioland-Zeitung 1/2000 entspricht. Dort sind es 3,58 Std/Mastplatz. Der Arbeitslohn wird mit sehr geringen 20 DM pro Stunde im Deckungsbeitrag berücksichtigt. 300 DM als Kosten für den Stallplatz sind ebenfalls niedrig gewählt da noch viele Ökoschweine in vorhandenen Altgebäuden gehalten werden. Stallneubauten würden mit 600 DM und mehr zu Buche schlagen. Auch der Ferkelpreis von 136 DM ist an der unteren Grenze angesiedelt. Martin Bauer, Geschäftsführer der Erzeugergemeinschaft Biofleisch Süd in Hohenlohe, hat mit Datenauswertungen über 2 Jahre ermittelt, dass der Bioferkelpreis eher bei etwa 145 DM liegen sollte.

Vierorts haben die Biobauern und -bäuerinnen sich in Erzeugergemeinschaften zusammengeschlossen, um neue, größere Kunden für ihr Biofleisch zu finden, gegenüber den Abnehmern gerechtere Preise durchsetzen zu können und sich nicht gegenseitig zu unterbieten. Die Erzeugergemeinschaft Biofleisch Süd, deren Vorläufer schon 1996 gegründet wurde, kann ihren Kunden Liefersicherheit bieten und den Bauern über Vorverträge garantieren, dass jedes angenommene Schwein mindestens zum Poolpreis (siehe Kasten) verkauft wird. Auch im Norden gibt es Erfolge: Die Erzeugergemeinschaft in Schleswig-Holstein besteht zwar erst seit knapp einem Jahr, aber seitdem mussten die Mitgliedsbetriebe nicht mehr zu konventionellen Preisen verkaufen.

Verkaufserlöse von 4,50 DM für das Kilo Bioschweinefleisch gehö-

ren jedoch der Vergangenheit an. Diese Preise werden nicht einmal mehr für Tiere mit einem Magerfleischanteil (Mfa) von über 56 % gezahlt. Preise zwischen 3,70 und 3,80 DM als durchschnittliche Verkaufserlöse in manchen (nordostdeutschen) Erzeugergemeinschaften machen immer wieder die Runde. Die Großabnehmer wollen kontinuierlich mit „gleichbleibenden Qualitäten“ beliefert werden. Die Erzeugergemeinschaften versuchen diesen Ansprüchen des „Marktes“ gerecht zu werden. Einerseits vergrößern sie ihre Mitgliederzahl, um regelmäßig größere Schweinepartien anbieten zu können. Andererseits setzen sie die Auszahlungspreise für die Bauern mittlerweile zunehmend in Abhängigkeit vom Magerfleischanteil fest.

Fortsetzung auf Seite 15

Deckungsbeitragsrechnung

Mögliche Deckungsbeiträge der Bioschweinerzeugung eines 70 ha-Durchschnittsbetriebes mit 3 Betriebszweigen in Schleswig-Holstein, alles inkl. MwSt. Angenommen sind: Verkaufserlös: 4,50 DM/kg SG; Futtermittelverwertung: 1:3,5; alter Stall. Berechnung des ÖKORING Schleswig-Holstein (Götz Daniel)

Produktionswerte	
Mastschweineplätze	200
Durchgänge/Jahr	2,3
Einstallgewicht [kg]	26
Mastendgewicht [kg]	125
Ausschlachtung [%]	78
Futtermittelverwertung	1:3,5
Verluste [%]	1,00
Kraftfutterkosten [DM/dt]	59,00
gemästete Schweine/Jahr	460
Schlachtgewicht [kg]	97,5
Arbeitsaufwand [Akh/Tier]	2,00
Stallplatz (Baukosten) [DM/Platz]	300,00
Verkaufserlös [DM/kg SG]	4,50
Produktions- u. Vermarktungskosten [DM/Tier]	
Ferkel	136,36
Kraftfutterkosten	204,44
Grundfutter inkl. Stroh	10,00
Veterinärkosten	1,00
Wasser, Energie	3,50
AGÖL-Beiträge	2,03
Beratung	1,43
Vermarktung	11,60
Transport	11,70
sonstige Kosten	1,00
Summe	383,06
Deckungsbeiträge [DM/Tier]	
Ertrag (97,5 kg x 4,50 DM)	438,75
DB I (Ertrag - Produktionskosten)	55,69
Arbeitsaufwand (Akh x 20,00 DM)	40,00
DB II	15,69
Festkosten, a/A (Abschreibung) Gebäude etc.	5,22
DB III	10,47



Der Zwang zu rationeller Erzeugung und die Nachfrage nach fleischbetonten Schweinen verändern die Bioschweinerzeugung. Dieses Angler Sattelschwein hat da schlechte Karten. Foto: Hörcher



Heiner Iversen: „Dass Bauern den Bioschweinebestand aufstocken, geht nur über den Preis“, und: „Unser Ziel war immer, dass wir uns mit dem Preis oberhalb von 4,50 DM/kg bewegen, und das erreichen wir momentan außerhalb der Direktvermarktung nicht.“ Foto: Hörcher

„Markt“-Anforderungen

Dadurch stehen die Erzeugergemeinschaften zwischen den Anforderungen des Marktes und den Wünschen der Bauern, die wie Heiner Iversen z.B. nicht einfach nur „ungespritzte konventionelle Schweine“ erzeugen wollen, sondern denen es darum geht, als Biobauern auf einem ökonomisch funktionierenden Hof Schweine zu halten. Das schließt artgerechte Haltung mit ein, aber auch die Lie-

Dänen und Holländer

Martin Bauer sieht den Markt für Bioschweine aus Deutschland gefährdet, denn er ist fest davon überzeugt, dass die Holländer in den nächsten fünf Jahren ihre Bioschweineproduktion von 500 Tieren pro Woche auf 5000 steigern und zusammen mit Dänemark und Belgien eine starke Konkurrenz darstellen werden. Seiner Einschätzung nach muss das für die Mäster in Deutschland bedeuten, dass

sie jetzt trotz der niedrigen Preise Bioschweine aufstellen müssen, denn sonst mischen sie nicht mehr mit.

Für die Zukunft ist ihm wichtig, dass die Erzeugergemeinschaften bei aller Annäherung an konventionelle Vermarktungsstrukturen ihr Bioprofil behalten. Einen Anfang hat die Biofleisch Süd damit gemacht, dass sie den Bauern Zuschläge zum Poolpreis z.B. für Mastschweine mit Auslauf zahlt und

Poolpreis

In einigen Erzeugergemeinschaften gibt es so genannte Poolpreise. Die Verkaufserlöse aller in einem bestimmten Zeitraum verkauften Bioschweine werden in einem Pool zusammengefasst. Aus diesem Pool kommt das Geld für die Bauern.

Dabei gibt es für alle direkt nach der Lieferung zunächst den festgesetzten Poolpreis, der unter dem durchschnittlichen Verkaufserlös liegt. An die Verteilung des restlichen Geldes aus dem Pool können Bedingungen geknüpft sein: Durch Zu- und Abschläge auf den Poolpreis werden z.B. bestimmte Haltungformen gezielt gefördert oder unterschiedlich hohe Magerfleischanteile berücksichtigt. Die wichtigste Funktion des Poolpreises ist es, kurzfristige Preisschwankungen und Preisunterschiede zwischen verschiedenen Aufkäufern auszugleichen.

uh

ferung von Qualitätsfleisch, das nicht nur einen hohen Mfa hat, sondern auch gesund und schmackhaft ist. Außerdem halten viele von ihnen alte Schweinerassen, die sie nicht nur aus nostalgischen Gründen nicht durch magerere Rassen ersetzen wollen. Für die meisten Halter alter Rassen „hängt an den Tieren zwar Persönliches“, wie Heiner Iversen meint, aber zusätzlich tragen alte Schweinerassen auch zur Erhaltung der genetischen Vielfalt bei und erfüllen eine Funktion als Kulturgut.

bei der Aufstallung von konventionellen Ferkeln die Differenz zum Bioferkelpreis in den Pool fließen lässt. Das hält auch Heiner Iversen für eine gerechte Lösung. Kritisch sieht er allerdings, dass Fleischqualität immer mit hohem Magerfleischanteil gleichgesetzt wird. Sein Vorschlag für die Zukunft ist verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, die klar macht, was Qualität außerdem bedeutet. „Die Erzeugergemeinschaften sind der richtige Weg“, meint er, „aber man muss sie weiterentwickeln.“

Ute Hörcher

KURZES AM RANDE

US-Öko-Standards im neuen Entwurf

Der Landwirtschaftsminister der USA hat Anfang März den zweiten Entwurf für Richtlinien vorgelegt, mit denen US-einheitliche Standards für Produkte aus ökologischem Landbau festgelegt werden sollen. Anders als beim ersten Entwurf, der im Dezember 1997 vorgelegt wurde und über 270.000 Einwändungen provoziert hatte, sieht der neue Entwurf vor, dass gentechnisch veränderte oder radioaktiv bestrahlte Nahrungsmittel nicht als „organisch“ gekennzeichnet werden dürfen. Auch soll die Düngung mit Klärschlamm nun doch ausgeschlossen werden. Minister Dan Glickmann wird mit den Worten zitiert: „Wir haben auf die Konsumenten und Bio-Landwirte gehört.“ Ziel der neuen Richtlinien soll es sein, die Vielfalt der über 80 verschiedenen Öko-Siegel in den USA abzubauen, um dem Verbraucher die Übersicht zu erleichtern. Gleichwohl sieht der Entwurf verschiedene Kennzeichnungskategorien vor: „100 Prozent organisch“, „organisch“ (95 % der Rohstoffe müssen ökologisch erzeugt sein), „mit organischen Bestandteilen“ (50 – 95 % Öko-Rohstoffe).

Laut Glickmann soll der Ökolandbau in den USA daneben durch weitere Maßnahmen unterstützt werden. So soll der Aufbau und die Kontrolle eines nationalen Öko-Siegels mit jährlich umgerechnet

2 Mio. DM aus dem Ministerium finanziert werden. Geplant ist auch ein Pilotprogramm zur Ernteversicherung für die 12.200 Öko-Farmer. pm

Arla-Biokäserei

Der größte schwedische Milchkonzern Arla wird laut ZMP eine neue Biokäserei in Stanga/Gotland bauen. Der Produktionsstart soll noch im Frühjahr sein. en

Industrialisierung im Weinkeller

Die Zeitschrift Weinwelt sieht in ihrer März-Ausgabe auch in der Weinerzeugung Tendenzen zur Industrialisierung. Neue Kellertechniken zur Mostkonzentration, Aromabeschleuniger und Holzchips, die Barriquefässer ersetzen, senkten die Kosten und machten den Geschmack des Weines kalkulierbar. Was im Ausland schon gang und gebe sei, werde zukünftig durch neue EU-Richtlinien auch für Deutschland relevant. Die Meinung über diese Entwicklung gehe bei Winzern wie bei Verbrauchern auseinander. Laut einer Umfrage, die die Weinzeitschrift bei 600 in Auftrag gegebenen hat, sagen 47,3% der befragten Weinliebhaber, dass der gute Geschmack für sie ausschlaggebendes Kriterium sei. Für 49% aber sei der natürliche Zustand des Weines wichtigstes Merkmal beim Kauf. pm

Obstsorteninventur in der Schweiz

Wie der Onlinedienst Agrar.de berichtet, sollen in den nächsten fünf Jahren in der Schweiz alle Obst- und Beerensorten erfasst werden. Damit soll die Vielfalt der heimischen Obstsorten gesichert werden. In einer ersten Phase seien jetzt in den Kantonen Zürich, Basel-Land, Basel-Stadt und Schaffhausen etwa 7.000 Fragebögen an Landbewirtschaftler versandt worden, die ab diesem Monat ausgewertet werden sollen. Bis zum Jahr 2004 sollen alle Kantone inventarisiert werden. Laut Agrar.de werden in der zentralen Obst-Datenbank derzeit rund 4.000 in der Schweiz bekannte Obstsorten geführt. Die Obstsortenerfassung ist das bisher größte Projekt des 'Nationalen Aktions-Plan zur Erhaltung der genetischen Ressourcen', sie wird vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) über die nächsten vier Jahre mit 1,5 Millionen Franken unterstützt. pm

Anteil der Betriebsleiterinnen steigt

Auch in der Landwirtschaft übernehmen immer mehr Frauen die Alleinverantwortung für den Betrieb. In Bayern liege der Anteil der von Bäuerinnen geführten Betriebe inzwischen bei 8 %, wie die Staatssekretärin im bayerischen Landwirtschaftsministerium Marianne Deml mitteilte. Von den jungen Betriebsleitern unter 24 Jahren seien sogar bereits 21 % Frauen, im Alter von 24 – 34 Jahren rund 12 %. Auch durch die landwirtschaftlichen Nebenerwerbszweige wie Urlaub auf dem Bauernhof, Direktvermarktung oder andere Dienstleistungen habe sich die Rolle der Frau im bäuerlichen Familienbetrieb stark gewandelt; das habe die Bäuerinnen zu gleichen Partnerinnen und Mitunternehmerinnen werden lassen. pm

Gesundheitsrisiko Veterinär-Medizin

Der wachstumsfördernde Einsatz von Antibiotika in Futtermitteln setzt die Wirksamkeit von Antibiotika in der Humanmedizin aufs Spiel. Bayer Leverkusen setzt sich über diese Gefahren hinweg und investiert weiter in diesen Produktionsbereich

Die Fleisch-Nachfrage auf dem Weltmarkt steigt, ebenso die Fleischerzeugung. Da bei der zunehmenden Mas-

sentierhaltung ständig neue Krankheiten auftreten, wächst auch der Absatz von Impfstoffen, Antibiotika und anderen Tier-Arzneien – mehr als die Hälfte der weltweiten Antibiotika-Produktion landet im Viehstall. Um das Wachstum der Tiere zu beschleunigen, werden die Bakterien-Killer neben Vitaminen und Mineralien dem Futter beigemischt. Durch den Rundum-Einsatz der Antibiotika entstehen in den Tieren resistente Bakterien und Krankheitserreger – eine mitunter sogar tödliche Gefahr. Über die Nahrungskette können Bakterienstämme wie etwa Salmonellen in den menschlichen Körper gelangen und unbehandelbare Infektionen auslösen. Krankheiten wie Tuberkulose, die längst besiegt schienen, breiten sich wieder aus.

Wolfgang Witte vom Robert-Koch-Institut mahnt deshalb: „Man sollte in Zukunft auf alle Antibiotika als Wachstumsförderer verzichten.“ Untersuchungen des Instituts zeigen, dass ein Verzicht auf Antibiotika im Tierfutter die Resistenzentwicklung stoppen könnte. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften, der u.a. die Bundestierärztekammer, die Deutsche Gesellschaft für Hygiene und Mikrobiologie und die Deutsche Gesellschaft für Infektiologie angehören, spricht sich für ein Verbot aus. In einem gemeinsamen Aufruf heisst es: „Die Zunahme von Antibiotikaresistenzen bis hin zur kompletten Resistenz einzelner Erregerstämme gegen alle verfügbaren Antibiotika stellt eine ernsthafte Gesundheitsgefahr dar. (...) Eine ganz wesentliche Ursache für die Resistenzentwicklung ist die Verwendung von antimikrobiellen Futterzusatzstoffen in der Tierzucht und Tiernast. (...) Aufgrund dieser – von der Weltgesundheitsorganisation bestätigten – Gefahr muss die Verwendung von Antibiotikaklassen, die in der Humanmedizin angewandt werden, als Futtermittelzusatzstoffe generell verboten werden.“

Verbote in Dänemark

Im Jahr 1998 entschloss sich Dänemark, die Verwendung von Antibiotika in der Tiernast drastisch einzuschränken. Zunächst wurden Antibiotika in Geflügelfutter verboten. Die Branche leistete der Regierung heftigen Widerstand und prophezeite Millionen toter Küken. Unlängst wurde erstmals Bilanz gezogen: Die Sterberate der Küken ist nicht gestiegen, die Gewichtszunahme verlief genauso schnell wie vorher. Zwar wuchs der Appetit der Tiere, die gestiegenen Futterkos-

ten wurden aber durch den Wegfall der Kosten für die Antibiotika wieder wettgemacht. 1999 wurde in Dänemark der routinemäßige Antibiotikaeinsatz in Kälberställen verboten, Anfang dieses Jahres auch in der Schweinemast.

Europaweit sind acht verschiedene Antibiotika in Futtermitteln zugelassen. Vier Wachstumsförderer wurden im vergangenen Jahr verboten, darunter der umstrittene Wirkstoff Olaquinox – wegen erbgutschädigender und krebsregender Wirkungen. Hersteller von Olaquinox ist die Firma Bayer. Das Leverkusener Unternehmen ist weltweit der drittgrößte Hersteller von Veterinär-Produkten – der jährliche Umsatz liegt bei 1,7 Milliarden Mark. Die Hälfte davon entfällt auf den Bereich Nutztiere, ein Drittel auf die Behandlung von Haustieren.

Resistenzbildung durch Baytril

Gegen große Widerstände wurde in den USA vor zwei Jahren das Antiinfektivum Baytril für die Rindermast zugelassen. Der Wirkstoff von Baytril ist ein Antibiotikum aus der Klasse der Fluoroquinolone, zu denen auch das von Bayer hergestellte Breitbandantibiotikum Ciprofloxacin gehört. Fluoroquinolone werden bei Menschen insbesondere gegen bakterielle Lungenentzündung eingesetzt. Dr. Patricia Lieberman, Leiterin des Antibiotika-Programms des amerikanischen Center for Science in the Public Interest: „Bayer hat zwar angekündigt, den Verkauf von Baytril einzustellen, falls durch die Verfütterung an Rinder antibiotikaresistente Bakterien entstehen. Wir befürchten jedoch, dass diese Selbstverpflichtung nicht eingehalten wird, denn Bayer liefert schon seit Jahren Fluoroquinolone für die Geflügelzucht. Obwohl in der Folge resistente Campylobacter-Bakterien auftraten, wurde der Verkauf nicht gestoppt. Die Aufsichtsbehörde FDA hätte Baytril für Rinder und Geflügel nicht zulassen sollen, zumal es effektive Alternativen gibt. Fluoroquinolone werden für die Humanmedizin gebraucht.“

In Deutschland ist Baytril seit 1995 zugelassen. Seitdem wird das Mittel bei fast allen Mastschweinen präventiv verabreicht. Bedenken hat die Firma Bayer keine. In einem Brief an TierärztInnen behauptet das Unternehmen, dass das Mittel völlig unbedenklich sei: „Bayer hat und wird immer eine führende Rolle in der Verteidigung der Fluoroquinolone für ihren Beruf spielen“. Für über 100 Mio. DM baute der Konzern in Deutschland und den USA neue Produktionsanlagen



Bayer

Mit Abbildungen wie diesen wirbt der Chemiekonzern Bayer Leverkusen für seine veterinärmedizinischen Produkte.

Besitzen Sie Bayer-Aktien?

Die Banken vertreten mit ihren BAYER-Aktien nur eigene Interessen. Wir treten ein für Menschenrechte, Umweltschutz und soziale Sicherung. Übertragen Sie uns Ihre Stimmrechte.*

KRITISCHE BAYER-AKTIONÄRE

Informationen abfordern, jetzt!



Kritische BAYER-AktionärInnen • Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 TE, 40081 Düsseldorf • Fax 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren ist der Zusammenschluss der Kritischen Bayer-Aktionäre. Sie informieren nicht nur in der Öffentlichkeit über die negativen Auswirkungen der Bayer-Geschäftspolitik und deren Produkten, sondern trägt ihre Kritik auch in die Aktionärsversammlungen der Bayer AG.

Brestan vorerst verboten

BBA untersagt Anwendung des Fungizids gegen Kraut- und Knollenfäule

Als Konsequenz der öffentlichen Diskussion um Gesundheitsgefahren, die möglicherweise von der Ausbringung zinnorganischer Verbindungen ausgehen, hat die Biologische Bundesanstalt (BBA) in der zweiten Märzwoche die Zulassung des Pflanzenschutzmittels „Brestan flüssig“ bis auf weiteres ausgesetzt. Damit sind die Einfuhr und die Anwendung des Fungizids der Aventis Crop-Science GmbH ab sofort untersagt.

Grundlage für die Entscheidung der BBA

war eine neue Studie des Umweltbundesamtes (UBA) über die Gefahren zinnorganischer Verbindungen. Diese hormonell wirksamen Substanzen sind in die öffentliche Diskussion gekommen, als bedenklich hohe Gehalte in Sport-Trikots gefunden wurden. Die neue Studie, die die Auswirkungen auf Wasserschnecken untersucht, wird zur Zeit bei der BBA geprüft. Ob das Verbot Bestand haben wird, ist noch unklar. pm



Die aus diesen Pflanzkartoffeln wachsenden Stauden werden wohl kein Brestan sehen

140.000 ha Getreide vernichtet

Verheerende Schäden durch Hochwasserkatastrophe in Mosambik

Die Hochwasserkatastrophe im afrikanischen Mosambik hat die Nahrungs- und Saatgutbestände von 120.000 Bauernfamilien vernichtet. Einer vorläufigen Analyse der durch die Hochwasserfluten entstandenen Schäden zufolge sind rund 140.000 ha Getreideflächen vernichtet oder stark beschädigt. 80 Prozent der Weidetiere seien verendet, und es drohe nun der Ausbruch von Tierseuchen. Diese Angaben machte die UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung FAO in Rom. Die Familien seien dringend auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Die

Versorgung der Menschen in den betroffenen Provinzen Mosambiks sei völlig zusammengebrochen. Straßen und Bewässerungssysteme seien schwer beschädigt worden, und rund 6.000 Fischer hätten etwa die Hälfte ihrer Boote und Fangausrüstungen verloren.

Die nötigen Finanzmittel zum Wiederaufbau der Land- und Forstwirtschaft bezifferte die FAO auf 26 Millionen Mark. Den Bauern müssten Saatgut für Getreide sowie landwirtschaftliche Geräte und Medikamente gegen Tierkrankheiten zur Verfügung gestellt werden. pm

für Veterinärprodukte – hauptsächlich für Baytril.

Rindersterben durch verunreinigten Impfstoff

Auch von Impfstoffen für Tiere gehen nachhaltige Risiken aus. Bayer und Hoechst lieferten einen Impfstoff, mit dem der gesamte holländische Rinderbestand gegen Rinderrippe geimpft wurde. Im Frühjahr 1999 stellte sich heraus, dass ein Drittel der 3,4 Millionen Impf-Chargen mit einem Durchfall-Erreger infiziert war. 2.000 Tiere starben, 7.000 ZüchterInnen meldeten den Behörden Erkrankun-

gen ihrer Rinder. Mit 11 Großbetrieben einigten sich die Hersteller auf die Zahlung von Entschädigungen in Höhe von mehreren Millionen Mark – ohne jedoch eine Schuld einzugestehen. Der niederländische Landwirtschaftsverband LTO fordert den Chemie-Multi auf, die Haftung für den Gesamtschaden zu übernehmen. Die Zulassung für die Tierarznei hob die Behörde bis auf weiteres auf.

Philipp Mimkes

Philipp Mimkes ist Mitarbeiter der Coordination gegen BAYER-Gefahren. Kontakt: ☎ 0211-333911, eMail: CBGnetwork@aol.com

KURZES AM RANDE

BASF kauft Cyanamid

Europas größter Chemiekonzern BASF kauf für rund 7,6 Mrd. DM die Pflanzenschutzsparte „Cyanamid“ des US-Pharmaherstellers AHP. BASF will damit seine „globale Präsenz“ stärken. Die Ergänzung der Fungizid- und Herbizid-Palette durch AHP-Insektizide soll den breiten Einstieg in den asiatischen Markt ermöglichen. BASF rückt mit dieser Verdoppelung seines Umsatzes im Pflanzenschutzbereich unter den 7 Global-Playern (die zusammen 80 % des Marktes kontrollieren) auf den 4. Platz vor: hinter Syngenta (vormals Zeneca/Novartis), Aventis (Rhone-Poulenc/Agrevo) und Monsanto, gefolgt von Bayer, DuPont und Dow-Agro. Durch den Zukauf weiterer Saatgut-Firmen will BASF die gesamte „Wertschöpfungskette“ vom Saatgut bis zum Nahrungs-Endprodukt besetzen. Aber weder der Zukauf noch die Ankündigung des Ausbaus der Gentechnik-Aktivitäten führten laut FAZ zum erhofften Anstieg der BASF-Aktien. Das Handelsblatt hält den Kaufpreis für die AHP-Pflanzenschutzsparte für sehr hoch, zumal die gesamte Pflanzenschutz-, Gentechnik- und Saatgutindustrie bei Landwirten und Verbrauchern mit einer „Konjunktur- und Glaubwürdigkeitsflaute“ zu kämpfen habe. en

Auszehung durch zuviel Stickstoff?

Die Verwendung von Stickstoff könnte die agrarisch genutzten Böden in den USA innerhalb von 50 Jahren völlig auszehren. Wie das Handelsblatt berichtet, ist dies das Ergebnis einer Studie an der Universität des US-Bundesstaats Minnesota. Sie forderten die amerikanischen Farmer auf, auch alternative Düngemittel zu verwenden. en

Niederländer beklagen Pestizidbelastung

Noch immer werde in den Niederlanden eine zu hohe Menge an Pflanzenschutzmitteln eingesetzt, beklagt eine Studie des Zentrums für Umweltforschung der Universität Leiden, wie der Internet-Dienst AgriHolland meldet. Die Forscher hätten eine Überschreitung wesentlicher Grenzwerte nachgewiesen. Die Hälfte der Gewässerbelastungen durch Pflanzenschutzmittel stamme aus dem Kartoffelanbau. pm

Heizen mit Holz schont Umwelt

Laut Umweltbundesamt könnten pro Jahr rund 3 Milliarden Liter Heizöl eingespart werden, wenn das Restholz, das beim Durchforsten der Wälder anfällt und nicht als Baumaterial verwendet werden kann, zum Heizen genutzt würde. Das Heizen mit Holz schone das Klima, da beim Verbrennen nur soviel klimawirksames CO₂ freigesetzt wird, wie der Baum zuvor aus der Luft gebunden hat. Diese Bilanz sei auch bei Einrechnung von Verarbeitung und Transport des Holzes noch positiv. pm

„Bleibt in Euren Grenzen!“

„Bleibt in Euren Grenzen“ – mit diesem Appell haben sich im ackerbauintensiven Landkreis Uelzen die Naturschutzverbände an die Bauern gewandt. Auch unter den Landwirten gebe es „schwarze Schafe“, die beim Ackern die Grenzen ihrer Felder nicht einhalten und die öffentlichen Wegeränder mit umpflügen. Zwischen den immer größer werdenden Ackerschlägen hätten aber diese Wegeseitenräume, Grabenböschungen und Feldraine große Bedeutung für den Naturhaushalt. Nur auf diesen Flächen könnten viele Wildblumen und Kräuter noch wachsen. Nur hier fänden Wildtiere wie Hasen, Rebhühner, Eidechsen, Schmetterlinge, Käfer, Spinnen letzte Überlebensräume in der Ackerlandschaft. Indem die Bauern diese Wegeränder beim Pflügen, Befahren oder Spritzen schonen, könne das Image „Landwirte sind Pfleger der Kulturlandschaft“ sichtbar gepflegt werden. en

Wegränder Bedeutung - Schutz - Pflege



Die schönen Seiten der Feld-, Wiesen und Wegesränder zeigt ein AID-Heft auf: Wegränder, Bedeutung – Schutz – Pflege. Zu beziehen beim AID – Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Konstantinstr. 124, 53179 Bonn.

Leserbriefe

Agrardiesel machts nur teurer

Leserbrief zu „Funke bleibt, Agrardiesel kommt“ in Bauernstimme 3/00

Durch seinen massiven Einsatz bei Minister Funke hat Herr Sonnleitner verhindert, dass – wie in den anderen Wirtschaftsbereichen – die Einnahmen aus der Ökosteuer zur Senkung der Soziallasten verwendet werden.

Von den Kleinbauern unter 100 ha, die die Ökosteuer von 900 Mio. DM überwiegend bezahlt haben, wäre – nach Auffassung des Bauernverbandes – die Verringerung der Alterskassenbeiträge doch nur als Aufforderung zum Weitermachen aufgefasst worden.

Herr Sonnleitner hat erreicht, dass mit dem Aufkommen aus der Ökosteuer ein grüngelbter Agrardiesel mit einer Verbilligung von 23 Pfennig/l eingeführt wird. Durch den Aufwand für das Färben und den Aufbau eines eigenen Vermarktungsweges entstehen Kosten von mind. 8 Pf/l. Der echte Verbilligungssatz beträgt somit nur 15 Pfennig. Im Grunde verringert sich die Rückvergütung von jetzt 30 Pfennig auf die Hälfte!

Bei einem Preis für Normaldiesel von 1,45 DM/l kostet der grüngelbte Diesel den Bauern trotz Verbilligung immer noch 1,30 DM/l. Ein 400 ha Betrieb mit einem Bedarf von 50.000 l Diesel hat in Zukunft demnach Kraftstoffkosten von 65.000 DM.

Nach dem vom Bundestag im November 1999 beschlossenen, von Funke jetzt wieder geänderten Verfahren hätte jeder Betrieb bis zur Höhe von 10.000 l Dieselverbrauch eine Steuerrückvergütung von 30 Pf/l bekommen. Bei einem Bedarf

von 50.000 l hätte ein Landwirt deshalb für die ersten 10.000 l eine Rückvergütung von 30 Pf/l vom Normalpreis erhalten, also effektiv 1,15 DM gezahlt (1,45 DM – 0,30 DM = 1,15 DM/l).



Den Hauptbedarf könnte er am besten durch Biodiesel zum Preis von 1,25 DM decken. Für die alten, nicht biodieseltauglichen Schlepper könnten die Bauern das verbilligte Normaldiesel, für die neuen Schlepper Biodiesel verwenden. Die Gesamtkosten für Kraftstoff würden für diesen Betrieb dann 61.500 DM betragen und nicht wie jetzt 65.000 DM. Selbst wenn er jetzt ausschließlich Biodiesel tankt, kommt er mit 62.500 DM immer noch auf einen höheren Betrag! Sonnleitners Vorstoß für den Agrardiesel hat also nicht nur verhindert, dass es für die Mehrzahl der Betriebe zu einer wirklichen Entlastung bei den Sozialkosten kommt, sondern auch für die mittleren Betriebe noch zu einer Verteuerung der Kraftstoffkosten geführt.

Rommelberger Andreas,
Reit 17, 84508 Burgkirchen

Ist Auskunftsverweigerung strafbar?

Leserbrief zur Nachbauregelung

Seit es die Nachbaugesetze gibt, wird immer wieder versucht, die Bauern einzuschüchtern und ihnen einzureden, wenn sie nicht alle Fragen der Saatgut-Treuhandverwaltung (STV) beantworten, würden sie einen Gesetzesbruch und eine kriminelle Handlung begehen und damit eine strafrechtliche Verfolgung riskieren.

So schrieb nach dem Braunschweiger Urteil (s. Bauernstimme 3/00) „Das Landvolk“ – die Zeitung des niedersächsischen Landvolkverbandes (DBV): „Nach einer ersten Bewertung des Urteils durch die Juristen des Landvolkverbandes erscheint klar, dass die Auskunfts-pflicht auch bei national geschützten

Sorten dann besteht, wenn tatsächlich Nachbau betrieben wird. Wer diese Auskunft verweigert, riskiert demnach strafrechtliche Verfolgung. Der Verband rät deshalb auch nach dem Braunschweiger Urteil, auch bei den national geschützten Sorten Auskunft über den Umfang des Nachbaus zu geben.“

Eine ähnliche Bewertung und Beratung wird auch von den Bauernverbandsjuristen in anderen Bundesländern abgegeben – sie wird dadurch nicht richtiger. Die Nachbauprozesse sind schließlich Zivilrechtsprozesse, in denen Bauern wohl auf Auskunft verklagt werden können, sie sind jedoch nicht Angeklagte im strafrechtlichen Sinn. Tatsache ist auch: Das Braunschweiger Landgericht sagt

klar und deutlich, der deutsche Sortenschutzinhaber muss dem Landwirt beweisen, dass der seine Sorte nachgebaut hat. Darum begnügt sich die Saatgut-Treuhandverwaltung neuerdings in Braunschweig damit, nur die Auskunft über EU-Sorten einzufordern. Wir verstehen daher überhaupt nicht, warum von Seiten des Bauernverbandes den Bauern eingeredet wird, sie müssten mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen, wenn sie der STV Auskünfte verweigern – auch angesichts der Tatsache, dass es außer in Braunschweig auch in Düsseldorf Urteile zu Gunsten von Mitgliedern der bundesweiten Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren gibt und z.B. auch in Mannheim geurteilt wurde, Bauern müssen ihre Auskünfte nicht auf STV-Formblättern abgeben. Die Haltung des Bauernverbandes im Auskunfts- und Gebührenstreit ist unverständlich. Ein Umdenken und ein Eintreten für die Belange der Berufskollegen ist angesagt!

Doch der DBV geht eher in die andere Richtung. In einer Pressemitteilung zielt er seinen Generalsekretär Dr. Born wie folgt: „Er unterstrich, dass die Nachbaugebühren gegen den erklärten Willen des Berufstandes nach einer fast 10-jährigen Auseinandersetzung zunächst auf internationaler, dann auf europäischer und schließlich auf nationaler Ebene durchgesetzt worden“ seien. Und weiter: „Erst als dies klar war, habe der DBV versucht, den sich abzeichnenden Konflikt zwischen Pflanzzüchtern und Landwirten zu kanalisieren. Der Deut-

sche Bauernverband habe ein Kooperationsabkommen zwischen Landwirten und Pflanzzüchtern ausgehandelt, das als Alternative zum gesetzlichen Verfahren gesehen werden muss.“

Generalsekretär Dr. Born sollte einsehen, dass Unwahrheiten nicht zur Wahrheit werden, auch wenn sie immer wieder vorgetragen werden.

Die Wahrheit ist, der DBV hat nach der Revi-

sion des UPOV Abkommens 1991, mit dem das Landwirteprivileg auf gebührenfreien Nachbau abgeschafft wurde, nichts unternommen, um die Bauern dagegen zu mobilisieren. Die Wahrheit ist, er hat auch nichts getan, um das EU-Nachbaugesetz 1994/95 zu verhindern. Die Wahrheit ist, er hat auch nichts zur Verhinderung des nationalen Nachbaugesetzes getan, er hat im Gegenteil zusammen mit dem BDP beim Beschluss des nationalen Nachbaugesetzes mitgewirkt. Im Protokoll des Agraraussschusses des Bundestages heißt es dazu: „Dieses Modell [des Nachbaugesetzes, d. Red.] sei im Grundsatz und seinen rechtlichen Ausführungen zwischen den Verbänden beschlossen und werde von dem Bundesverband der deutschen Pflanzzüchter (BDP) sowie dem Bauernverband gemeinsam praktiziert.“

Den Beweis, dass er und der DBV sich wirklich gegen die Nachbaugesetze gewehrt haben und sie verhindern wollten, den muss Dr. Born erst noch erbringen!

Adi Lambke, Rundling 3, 29479 Jarmeln, ☎ 05864-233, Sprecher der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren



Nicht mehr meine Partei

Leserbrief zum Karlsruher Parteitag von Bündnis90/Die Grünen

Ich war als Vertreter der BI Lüchow-Dannenberg und der Bäuerlichen Notgemeinschaft als so genannter „Gastredner“ auf dem Parteitag der Grünen in Karlsruhe (17.-19. März) eingeladen. Uns waren im Vorfeld 10 Minuten Redezeit garantiert worden, andernfalls hätte ich diese 700 km lange Reise gar nicht angetreten, zumal ich an diesem Wochenende wahrlich etwas Besseres vorgehabt hätte. Aber ich meinte, ich müsste doch die Stimme für unsere von der Atompolitik stark betroffene Region erheben.

Nach der Ankunft in Karlsruhe wurde der für meine Rede anvisierte Zeitpunkt 14 Uhr durch die ausufernde Haushaltsdebatte immer weiter nach hinten verschoben. Nachdem weitere Redner, zum Teil in epischer, lähmender Länge ohne Zeitbegrenzung aufgetreten waren, kam ich schließlich an die Reihe. Meine Rede passte natürlich nicht in die auf Konsens

und Wir-Gefühl bemühte Regie der Parteiführung, so wurde mir bereits nach ca. 6 Minuten bedeutet, ich hätte in einer Minute zu Ende zu kommen. Nachdem ich darauf bestand, die mir garantierte Redezeit ausnutzen zu wollen, wurde das letzte Drittel meiner Rede durch ständiges, nötiges Dazwischenreden vom Leitungstisch aus gestört und das, obwohl der Saal durch mehrfachen Zwischenapplaus bekundete, die Rede zu Ende hören zu wollen.

Es war dies für mich der Beweis, dass die Streitkultur der Grünen Partei auf einem Tiefpunkt angelangt ist. Diese Erfahrung, zusammen mit den politischen Ergebnissen dieses Parteitages, lässt für mich Klarheit darüber entstehen, dass diese Partei, die ich von Anfang an hochgehalten habe, nicht mehr meine Partei ist. – Und so eine Klärung ist ja auch schon etwas!

Wolfgang Eisenberg,
Bösen 20, 29459 Clenze

Herzlichen Glückwunsch!

Mit Josef Böck feiert am 13. April Abl-Urgestein seinen 80. Geburtstag

Gäbe es nicht die Geburtsurkunde, müsste man zweifeln, dass der nach wie vor kämpferische Anwalt der kleinen und mittleren, bäuerlichen Betriebe aus Bayern bald sein neuntes Jahrzehnt beginnt. Josef Böck ist vielen Bauern und Bäuerinnen in Bayern, aber genauso außerhalb des Freistaates bekannt. Seine

lag schon damals im Dorf „direkt hinter der Kirche“. Nach dem Weltkrieg kam er auf abenteuerliche Weise zurück in sein Dorf.

Sein politisches Engagement im Berufsstand führte ihn zunächst selbstverständlich zum Bauernverband, wo er später auch Ortsobmann wurde. Doch die Ver-

bandspolitik konnte er immer weniger mittragen, denn der vom Verband unterstützte Strukturwandel bedeutete für die kleineren Betriebe das Aus. So organisierte Josef eigene und eigenwillige Veranstaltungen, holte zu Vorträgen Bauern aus anderen Bundesländern, die sich um das Bauernblatt (heute Bauernstimme) versammelt hatten. Es dauerte nicht lange und der Abl Arbeitskreis Schwaben wurde gegründet, versammelte etliche Kollegen um sich herum und organisierte die verschiedensten Aktionen. Neben dieser Abl-Arbeit betätigt sich Josef mit Begeisterung als Regional-Historiker vor Ort, wobei vor allem die Zeit der Bauernkriege seine Neu-

gierde juckt. So ist er auch Mitinitiator des Bauernkriegsdenkmals, das 1995 an der Bundesstraße 10 zwischen Günzburg und Ulm aufgestellt wurde.

Die Abl wünscht dem „Urgestein“ Josef Böck zum Geburtstag alles Gute. Auf dass wir zusammen weiter für „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ streiten.



Reiselust bringt ihn immer dahin, wo gerade für bäuerliche Interessen gestritten wird. Ob das Demonstrationen in Genf gegen die Politik der Welthandelsorganisation sind oder eine Gerichtsverhandlung um Nachbaugebühren in Düsseldorf.

Als siebtes von neun Kindern wurde Josef in Bubisheim geboren. Der elterliche Hof

Leserbrief

Leserbrief aus den USA zum Leserbrief von Lothar Gothe, Bauernstimme 1/2000

Nach langer Verzögerung erreichte uns vor kurzem die Bauernstimme 1/2000 mit Ihrem Leserbrief „Nicht Rot-Grün, sondern die Projekte unterstützen“. Sie sprachen uns so richtig aus dem Herzen mit Ihrer These vom neorevolutionären Menschen, der durch sein verantwortungsvolles Leben auf dem Bauernhof anderen ein Signal der Hoffnung gibt. Wir bewirtschaften hier in Zentral-Texas einen Hof nach den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit.

Wir sind „fast“ vollständig Selbstversorger. Betriebswirtschaftlich gesehen erar-

beiten wir nur Verluste, wie alle anderen hier in dieser Gegend, die nun schon das zweite Jahr von Dürre geplagt wird. Die Nachbarn sehen jedoch ihre Hoffnung in der Technik und der Chemie. Mit unserem ökologischen Denken sind wir hier gänzlich alleine. Natürlich nimmt uns hier keiner ernst, wenn wir mit unseren Ackergäulen die Wiesen mähen und das Heu einbringen.

Da freut uns jeden Monat die Bauernstimme. Wir denken oft, Eure Probleme wollten wir haben. Also lasst Euch nicht unterkriegen. Ihr seid auf dem richtigen Weg. Joachim Grevel, Texas/USA

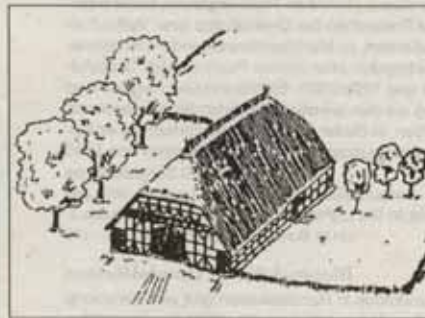
Sarah, Lena und DE 0112260718

In den Sommer- und Herbstferien waren sie da: Sarah und Lena. Zwei Schwestern aus der Stadt, 16 und 14 Jahre alt, die sich in den Ferien langweilten. Meine Schwiegermutter kannte die beiden, wusste um ihre Langeweile und fragte uns, ob wir sie nicht für ein paar Tage bei uns aufnehmen wollten; sie könnten doch mit den Kindern spielen und uns so etwas von dem Alltagsgenerve entlasten – schließlich haben wir vier Kinder im Alter von eins bis sechs. Zuerst war ich etwas skeptisch – „Kinderlandverschickung“ höhnte es in mir. Aber unser Gästezimmer war gerade fertig geworden, und wo sechs satt werden, werden auch acht satt. Also, warum nicht?

Anfangs waren Sarah und Lena etwas reserviert, aber das ist schließlich normal. Nach einem Probebesuch wollten sie jedenfalls dableiben. Unsere Kinder waren sofort begeistert. Die beiden beschäftigten sich und die Kids den lieben langen Tag, lasen ihnen Geschichten vor, spielten Gesellschaftsspiele und puzzelten ohne Unterlass. Zwischendurch brachten sie unserer Ältesten das Gameboyspielen bei und erlitten zuweilen Kicheranfälle am Küchentisch.

Zu mir blieben die Mädels jedoch noch ziemlich zurückhaltend, bis ich sie eines Tages fragte, ob sie mich auf meiner täglichen Jungvieh- und Trockensteherkontrolltour in die Moorniesen

begleiten wollten. Sie wollten. Der Trecker war voll mit meinen Kindern, also fragte ich Sarah und Lena, ob sie sich auf den Viehwagen stellen wollten. Auch das wollten sie. Ich sagte noch: „Aber gut festhalten!“, dachte an die Versicherung und rief: „Oh heilige Berufsgenossenschaft,



...aus der holsteinischen Schweiz

bitte verzeh!“

Dann ging es los. Es war deutlich zu sehen, wie Sarah und Lena den Fahrtwind genossen, der ihnen um die Ohren wehte. So fuhren wir durchs Dorf, und später sagten sie: „Das war cool!“ und alberten fortan auch mit mir herum – sie hätten mir zur Not sogar ihren Gameboy geborgt.

Gegen Ende der Ferien verschwand Lena immer häufiger im Kälberstall. Wenn sie zurückkam, schnauzte Sarah sie an: „Du stinkst nach Kuh.“ Lena hatte sich in ein Kälbchen verguckt, ein schwarzbuntes Bullenkalb mit der Nummer DE 0112260718.

Ständig war sie in seinem Stall, ließ es an ihren Fingern saugen und streichelte es.

Schließlich kam der Tag, an dem Sarah und Lena von ihrer Mutter wieder abgeholt wurden. Lena verschwand noch einmal im Stall, kam nach einer Ewigkeit wieder heraus, mit Tränen in den Augen. Langsam ging sie auf das Auto ihrer Mutter zu, wo schon alles auf sie wartete. Mein Vater stand auch da, feixte in sich hinein und fragte Lena in einem Anfall totalen Sensibilitätsverlustes: „Magst du das Kalb gerne? Willst Du ihm auch an der Schlachtbank Händchen halten?“

Lena wurde knallrot; nur mit Mühe konnte sie vermeiden, in lautes Geheul auszubrechen. Ich schob meinen Vater etwas beiseite, sprach Lena, ihren 60718 gut zu versorgen und ihr ein Foto von ihm zu schicken.

So geschah es. Inzwischen ist 60718 ein halbwüchsiger Bulle. Mal sehen, ob er Lena wiedererkennen wird, wenn sie in den nächsten Sommerferien – hoffentlich – wiederkommt. Und ich kann mir dann endlich wieder den Gameboy schnappen ...

Ein Bauer (32 Jahre) erzählt ...

LESE-BUCH

TIP

Anti-agrarindustrieller Krimi

Eine piffige ältere Dame, die irgendetwas von einer lieben Hexe hat, sich in eine Eule verwandeln und die Sprache der Tiere verstehbar machen kann. Der mit ihr befreundete pensionierte Kommissar Friedemann, der sich wie Frau Kühnemund dem Tierschutz verschrieben hat. Und die Kinder Tina und Thomi, die unversehens zu Hauptakteuren im Kampf gegen agrarindustrielle und kriminelle Machenschaften und bei einer wilden Verfolgungsjagd werden. Und schließlich das Schwein Kerstin, das bei einem Verkehrsunfall in Hamburg aus einem Viehtransporter entflieht und dann von seinem bisherigen Leben in einer finsternen Massentierhaltung berichtet. Das sind die Hauptakteure in einem „verhexten Krimi“, der einen aufregenden Kampf gegen Tierfabriken und Massentierhaltung schildert. Engagiert und witzig, ohne aufgesetzte Sentimentalität führt uns der Autor mitten in dieses Problemfeld hinein. Die praxisnahen Informationen werden lebendig eingebaut in das Hamburger Lokalkolorit und in eine spannende Handlung. Dabei macht dieser Krimi nicht unendifferenziert Front gegen die Landwirtschaft, ganz im Gegenteil, einige Bauern beteiligen sich sogar an der Aufdeckung agrarindustrieller Machenschaften. Und, was uns natürlich besonders freut, als Alternative zur Massentierhaltung werden deutlich die Neuland-Bauern herausgestellt. Der 74-jährige Autor hat 34 Jahre als Arzt gearbeitet und legt hiermit sein erstes Buch „für Leute ab 10 bis 100“ vor. Man darf auf weitere Veröffentlichungen des engagierten Tierschützers gespannt sein...“ en Wulf Nachtwey: Die alte Frau Kühnemund, 312 S., 55 Zeichnungen, Alcedo-Verlag, Hamburg, 1997, 28,80 DM

Öko-Preisentwicklungen

Auch die aktuelle Ausgabe dieses jährlichen Preisvergleichs bietet Informationen über saisonale Preisreihen bei Direktabsatz bzw. Verkauf an Groß- und Einzelhandel, außerdem zu Markttendenzen und Produktionsentwicklungen für die wichtigsten pflanzlichen Produkte des Ökolandbaus, und zwar für 1998/99 und 1999/2000. Ergänzend und vergleichend wird auch die Entwicklung auf den jeweiligen Märkten für konventionell erzeugte Produkte beschrieben. In dieser Ausgabe sind zudem die Analyse-Ergebnisse zu den Preisen ausgewählter Produktgruppen von 1993 bis 2000 dargestellt. en Ökomarkt Jahrbuch 2000 – Verkaufspreise im ökologischen Landbau 1998 und 1999, 152 S., Feb. 2000, 39,00 DM zzgl MWST, Bezug über ZMP, Rochusstr.2, 53123 Bonn, ☎ 0228-9777-173, Fax: -179

Bioprodukte in Handelsketten

Über die Stellung von Bioprodukten in Handelsketten gibt eine Erhebung der ZMP bei 1000 Geschäften Aufschluß. Fast die Hälfte der Geschäfte, vor allem die der größeren Handelsunternehmen, führen mittlerweile Öko-Produkte, allerdings noch sehr zurückhaltend. Derzeitige Spitzenreiter der nachgefragten Produkte: Mehl, Möhren und Zwiebeln, Eier, Milch und Butter. Die konventionellen Bio-Anbieter übernehmen die Biowaren allerdings oft nicht unter den Marken der Bio-Anbauverbände (wie Bioland, Demeter, Gäa, Naturland oder Ökosiegel) oder denen von Bio-Herstellern (wie Alinatura, Andechser, Bergquell oder Ökogarten). Vielmehr versuchen sie, diese Biowaren unter eigenen Bio-Handelsmarken zu präsentieren: Rewe mit „Füllhorn“, Tengelmann mit „Naturkind“, Metro mit „Grünes Land“ oder Edeka mit „Bio Wertkost“. Gegenüber den konventionellen Produkten waren die Bioprodukte teurer: bei Obst und Gemüse um etwa 100 %, bei Freilauf- bzw. Bodenhaltungs-Eiern um 69 bzw 45%, bei Milch in Pflandflaschen um 18%, bei Roggenbrot 7%. Gegenüber dem Direktabsatz ab Hof lagen die Handelspreise etwas niedriger. en Bio-Produkte im Einzelhandel, 36 S., Jan. 2000, Schutzgebühr 15,00 DM zzgl MWST, Bezug bei ZMP, Rochusstr.2, 53123 Bonn, ☎ 0228-9777-173, Fax: -179

Vertreibung – Folge von Globalisierung

Die aktuelle Ausgabe von „Food First“, dem vierteljährlichen Magazin der Menschenrechtsorganisation FIAN, beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Problem von Vertreibung als Folge globalen Wirtschaftens. Ob am Cacarcia-Fluß in Kolumbien, wo 2.500 Menschen von einem Tag auf den anderen ihre Dörfer räumen mussten; ob in Indien oder Kurdistan, wo gigantische Staudamm-Projekte zur Entvölkerung ganzer Regionen führen, oder im Fall von Zwangsumsiedlungen rund um den Weltraumstützpunkt Alcántara in Brasilien: Stets sind es neben militärischen v.a. ökonomische Interessen, die fruchtbare Landstriche verwüsten und der ansässigen Bevölkerung die Existenzgrundlage entziehen. Konzerne wie Siemens, Deutsche Telekom und Kreditgeber wie die bayrische Hypobank profitieren davon. Ähnlich ihrer Vorgänger sichert die rot-grüne Bundesregierung umwelt- und menschenfeindliche Investitionen deutscher Firmen durch staatliche Bürgschaften ab. Und wenn sich die Betroffenen wehren, ist es stets ein Kampf „David gegen Goliath“, so FIAN. „Food First“, zu beziehen gegen 3,00 DM (plus Porto) bei: FIAN Deutschland e.V., Overwegstraße 31, 44625 Heme, ☎ 02323-490099, Fax: -490018, e-mail: fian@fian.de

Naturschutz praktisch

Unter diesem Titel ist ein Handbuch für den ökologischen Landbau erschienen

Wer bereits Biolandbau betreibt, kann auf seinem Hof noch manches tun, um eine reichhaltige Kulturlandschaft zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Anregungen finden sich in diesem Buch der neuen Reihe „Praxis des Ökolandbaus“ der Stiftung Ökologie und Landbau. Wie groß müssen Einflügelöffnungen unterm Dach sein? Warum bekommt die Lerche ihre Jungen im Klee gras nicht groß? Wie kann Müll vermieden bzw. entsorgt werden? Antworten auf diese und andere Fragen finden Bauer und Bäuerin in „Naturschutz praktisch“. Die Autoren zeigen Gesamtzusammenhänge auf – anschaulich mit zahlreichen Grafiken und Fotos – und regen zu Ideen an, wie Acker, Grünland, Wein- und Obstbau sowie Gebäude artenreicher gestaltet und umweltschonender bewirtschaftet werden können. Schon mit kleinen Maßnahmen lassen sich große Wirkungen ohne hohe Kosten erzielen. Verweise auf Fördermöglichkeiten

gibt's aber auch. Und wer mag, kann seinen Betrieb anhand eines detaillierten Prüfbogens auf Natur- und Umweltverträglichkeit durchchecken. Denn – so das Fazit der Autoren: „Allein durch die Umstellung auf Biolandbau lässt sich die historisch gewachsene Vielfalt an Pflanzen- und Tierarten und Lebensräumen in den Kulturlandschaften nicht erhalten und entwickeln“. Auch zu dieser aktuellen Diskussion zwischen Naturschutzorganisationen und Verbänden des ökologischen Landbaus liefert das Buch Hintergrundinformationen und Argumente. Wissenschaftliche Erkenntnisse über den Zusammenhang von Landschaftsstruktur und Artenreichtum sind anschaulich aufgearbeitet. Das Literaturverzeichnis gibt Hinweise zur Vertiefung, aber auch zu weiteren Praxisbeispielen.

Thomas van Elsen, Götz Daniel: Naturschutz praktisch – Ein Handbuch für den ökologischen Landbau, Mainz: Bioland-Verl.-GmbH, Februar 2000, ISBN 3-934259-01-3, 112 S., 19,80 DM



Neues vom
Feld
der Ähre.

Berichte aus Landwirtschaft
und Forsten, aus Umwelt
und Natur.
Montags - freitags 11.35 Uhr,
samstags 11.50 Uhr.

Deutschlandfunk

Das Informationsprogramm

Service-Nr.: 01 80-332 23 46; Kabelfrequenzen: 08 00-330 05 55; ARD/ZDF Videotext: Telefon 630-637; www.dradio.de

Interdisziplinäre Domäne

„Arbeitsergebnisse“ über neues Lehr- und Versuchsgutes

Vor nicht ganz zwei Jahren ist der Gutsbetrieb Hessische Domäne Frankenhausen einer neuen Aufgabe zugeführt worden. Die Domäne wurde zum Lehr- und Versuchshof der Gesamthochschule Kassel (GhK) mit ihren Fachbereichen 11 (Landwirtschaft, Standort Witzenhausen) und 13 (Stadtplanung/Landschaftsplanung, Standort Kassel). Doch nicht erst die gemeinsame Nutzung und Betreuung dieser Domäne hat zu neuen Berührungspunkten zwischen den beiden Fachbereichen geführt. Bereits 1996 gab es den ministeriellen Erlass zur Einrichtung eines Studien- und Forschungsschwerpunktes Nachhaltige Landnutzung und Regionalentwicklung an der GhK, der eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen 11 und 13 einforderte. Damit waren die Fachbereiche nun offiziell aufgefordert, sich zusammenzusetzen und ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten. Es wurde interdisziplinär in Witzenhausen.

Heute halten Mitarbeiter des „Kasseler“ Fachbereichs 13 regelmäßig Lehrveranstaltungen in Witzenhausen ab, drei neue Fachgebiete Fachbereichs 13 wurden in Witzenhausen neu eingerichtet (Naturschutz in der Landschaftsplanung, Nachhaltige Regionalentwicklung, Gewässerökologie).

Der interdisziplinäre Ansatz setzt sich nun auf dem Versuchshof Domäne Frankenhausen fort. Im Editorial des vorliegenden Heftes heißt es: „Während also zusehends MitarbeiterInnen des Fachbereichs 13 (Stadtplanung/Landschaftspla-

nung) zu Lehrveranstaltungen aus Kassel nach Witzenhausen kommen, fahren regelmäßig MitarbeiterInnen der Fachbereiche 11 (Landwirtschaft) und 13 sowie anderer Fachbereiche zur Erfüllung von Lehr-, Forschungs- und Entwicklungsaufgaben auf die Domäne. Mit dem interdisziplinären Konzept sowie mit der im Jahre 2000 anstehenden Ausgründung in eine gemeinnützige GmbH betritt die GhK universitäres Neuland und unterstreicht damit wieder einmal ihre Vorreiterrolle im Bereich Forschung und Lehre im Ökologischen Landbau. (...)

Nach eineinhalbjähriger Bewirtschaftung und Entwicklung des neuen Lehr- und Versuchshofes der GhK, der Hessischen Domäne Frankenhausen, macht es Sinn, erstmals über gemeinsame Pläne und laufende Aktivitäten zu berichten, denn gerade die Domäne hat sich zu einem Ort des Dialoges zwischen etlichen Personen beider Fachbereiche entwickelt. Darüber hinaus beteiligen sich zunehmend auch Fachgebiete weiterer Fachbereiche der GhK – eine erfreuliche Entwicklung.

Die Artikel in diesem Heft geben einen ersten Einblick in die Aktivitäten auf und über die Domäne. Sie machen deutlich, dass wir noch ganz am Anfang eines längeren, spannenden Prozesses stehen.“

Die Beiträge im einzelnen:

Die Domäne Frankenhausen auf dem Weg zu einem Lehr-, Versuchs- und Transferzentrum.

AG Ländliche Entwicklung: Die Domäne Frankenhausen. Arbeitsergebnisse 47, 45 S., 12,00 DM. Zu beziehen über den Coupon

Bestellcoupon für Landwirte, Planer und ...

Ich bestelle:

... Expl. Der kritische Agrarbericht 2000 für 38 DM _____ DM

... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99 zum Sonderpreis im Paket: _____ DM

(2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM; 6 Ausgaben 120 DM; 7 Ausgaben 130 DM; 8 Ausgaben 140 DM)

... Expl. Hof Thomsteeg, 28 DM _____ DM

... Expl. Die andere Eroberung, 26 DM _____ DM

außerdem:

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL Bauernblatt Verlag GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

LESE-BUCH

TIP

Bananen

neu: BUKO Agrar Dossier 22

Bananen



BUKO Agrar Dossier 22

Die Banane zählt wahrscheinlich zu den ersten Grundnahrungsmitteln der Menschheit und ebenso zu den ersten Pflanzen, die kultiviert wurden. Noch bis vor 100 Jahren wurde die krumme Frucht fast ausschließlich für die Ernährung und Selbstversorgung erzeugt. Erst mit dem Aufkommen von Kühlschiffen im späten 19. Jahrhundert gewann ihr Anbau als Exportware an Bedeutung. Doch das Leben und die Lage derjenigen, die heute mit ihrer Arbeit Bananen für Europa erzeugen, hat eindeutig nichts von der Süße dieser Frucht. Aber das muss nicht ewig so bleiben.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Anbauländern kämpfen seit mehr als einem Jahrhundert in ihren Gewerkschaften. Und sie brauchen die Solidarität der Menschen aus der „Ersten Welt“. Denn die Macht der Konzerne ist enorm. Ein größerer Druck der KonsumentInnen und ihrer Organisationen zugunsten besserer sozialer und ökologischer Bedingungen in der Bananenproduktion könnte viele Dinge verändern und damit zeigen, dass die Konzerne nicht allmächtig sind.

Dieses Buch liefert Zusammenhänge und Hintergründe zur Vielfalt der Banane, zu deren Kolonialgeschichte und zur gegenwärtigen Handelspolitik. Es berichtet, wie Bananen angebaut und genutzt werden und informiert über die Kampagnen für einen gerechten Handel mit der süßen Frucht.

Bananen, BUKO Agrar Dossier 22, Jan. 2000, 105 S., 14,80 DM, ISBN 3-980-5354-6-0. Zu beziehen über den ABL Verlag.

Weitere BUKO

Agrar Dossiers

Saatgut - BUKO Agrar Dossier 20

Aufsätze rund um das vielfältige Thema Saatgut, von den geschichtlichen Veränderungen der Pflanzenzüchtung, der Revolution durch die Gentechnik, dem internationalen Saatgutmarkt bis zu den Strategien für eine alternative Pflanzenzüchtung und den Erhalt der biologischen Vielfalt.

BUKO Agrar Dossier 20, Okt. 1998, 96 S., 14,80 DM, ISBN 3-980-5354-3-6. Zu beziehen über den ABL Verlag.

BUKO AGRAR DOSSIER 20

SAATGUT

Fast Food - BUKO Agrar Dossier 21

Eine kritische Bestandsaufnahme in Sachen Fast Food am Beispiel McDonald's als immer noch größte Kette unternimmt dieses Dossier. Gut aufgemacht durch in die Artikel eingesprengelte „Exkurse“ arbeitet das Buch die Geschichte und Geschichten rund um den Burgerkonzern sowie Auswirkungen und Alternativen zum Fast Food auf.

BUKO Agrar Dossier 21, Dez. 1998, 130 S., 14,80 DM, ISBN 3-980-5354-4-4. Zu beziehen über den ABL Verlag.



BUKO AGRAR DOSSIER 21

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-. Alle Preise inkl. MWST. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN

Hof und Arbeit

- Suchen motivierte Praktikantin für Bauernhof in Mittelfrankreich – 32 ha Weideland, 16 Milchkuhe, 45 Ziegen, Käseherstellung und Selbstvermarktung. Gemütliche, unabhängige Wohnmöglichkeit. Chiffre 4/00-1
- Wegen Ruhestand Hofübernahme möglich ab Jan. 2002. Schöner alter Bauernhof in Mittelfrankreich (100 ha nördl. von Clemont-Jenand), 2 Wohnhäuser, davon 1 völlig restauriert. 32 ha Weideland mit Hecken und Bäumen, 16 Milchkuhe, 45 Ziegen, völlig eingerichtete Käserei, guter Absatz auf den örtlichen Märkten. Chiffre 4/00-2
- Die Hofgemeinschaft Apfeltraum bietet eigenverantwortl. Betreuung unserer Abokisten-Vermarktung im Großraum Berlin ab Mai 2000, Engagement im direkten Kundenkontakt, PC-Kenntnisse, Hofladenbetreuung u. kreative Mitarbeit in einer lebendigen Hofgemeinschaft. ☎ 033432-89841, 15518 Eggersdorf, Hauptstr. 43

Tiermarkt

- Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609
- 4-jährige Fuchsstute mit Zubehör abzugeben. Angeritten und angespannt. St. 1,60 m, Abstammung Aba-

no x Feuerstein. ☎ 0173-2628533

- Supereigenheit.** Erfahrenes Vielesigkeitspferd 14 Jahre, han. Stut. v. Gourmet rote Pap. Dunkeluchs, Steck. 170 cm, 100 % gesund, erfolgreich bis L von Profi trainiert und von 14-jährigem Mädchen genitten, sofort einsetzbar, umständelhalber nur in allerbeste Hände für 10.000 DM abzugeben. ☎ 04363-1756

Kartoffeln

- 1 a Granola Speisekartoffeln (vorwiegend festkochend), ohne Übergrößen, an Wiederverkäufer preiswert zu verkaufen. ☎ 02464-2469, Fax: 02464-905577

Urlaub

- Mit Muli, Pferd und Esel wandern wir unbeschwert durch die umbrischen Berge. Die Tiere tragen Zelte. Essen usw. für 3 – 7 Tage zu Fuß. Info: Hinterland G. Mittenzwei, Monticchio 64, I-06060 Castiglione Fosco (PG), Italien, ☎ 0039-0758355062

Maschinen und Geräte

- Angebote: 1. Kockerling-Hackrahmen (4 m mit Lenkung oder Zwischenachsenbau), 2. Einböck-Striegel (12 m). ☎ 04702-9292022 oder -929200

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro
Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch
Telefon 0551 - 22731



Als Absatzorganisation landwirtschaftlicher Betriebe in Norddeutschland vermarkten wir Fleisch und Fleischerzeugnisse nach den Richtlinien des NEULAND e.V.

Da der bisherige Stelleninhaber nach langjähriger, erfolgreicher Tätigkeit eine neue Herausforderung anstrebt, suchen wir ab sofort eine/einen

Geschäftsführer/in

Der/die ideale Bewerber/in verfügt über nachweisbare Erfahrungen im Marketing, ist sicher in der Unternehmensführung und besitzt einschlägige Branchenkenntnisse im Lebensmittelbereich.

Ein kreativer Marktauftritt sowie die Verknüpfung von Lieferanteninteressen mit den Anforderungen unserer Kunden in Fleischerhandwerk und Gemeinschaftsverpflegung sind wichtige Aufgabenfelder in der alternativen Fleischvermarktung.

Eine positive Einstellung zu den Grundsätzen des NEULAND-Programms setzen wir voraus.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung mit Gehaltsvorstellung bis zum 20.04.2000 an

NEULAND GmbH Produktvermarktung, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg

Veranstaltungskalender

Abl Heide Weser: Auskunftsspflicht gekippt?

6. April 2000, Heitmann's Gasthof, 27208 Kreesen
Ist die Auskunftsspflicht über den Nachbau gekippt? Es spricht der Anwalt der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren Dr. M. Miersch aus Hannover. Außerdem werden Vertreter der IG und des Landvolkverbandes ihre Positionen zu den Nachbauregelungen erläutern. Veranstal-

lung in Zusammenarbeit mit Landberatung und Landvolk Verden.
Abl. Regionalgruppe Heide-Weser, Karl-Heinz Bengdorf, ☎ 04233-669

Abl Landesverband NRW: Vor der Wahl

14. April 2000, 20.00 Uhr, Aula Hauptschule Much (nahe Gummersbach)
Rückblick auf fünf Jahre Rot-Grüne Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen und Anforderungen für die Zukunft; Referat von Ministerin Bärbel Höhn (Grüne) mit anschließender Podiumsdiskussion mit Vertretern von CDU und SPD
30. April 2000, 10.00 Uhr, Gaststätte Haseberg, Föhren/Fröndenberg
Referat von Ministerin Bärbel Höhn mit anschließender Podiumsdiskussion mit Eckhardt Uhlenberg (CDU), Ingrid Schmid (SPD).
Abl. NRW, ☎ 05242-48476

EVG-Jahrestreffen

5. - 7. Mai 2000, Bremen, Kulturzentrum Lagerhaus, Schillerstr. 12-19
Zwischen konkreter Utopie und Pragmatismus – welche Modelle kooperativer Produktion und Vermarktung ökologischer Lebensmittel sind zukunftsfähig? Auf der Tagung werden auch Zwischenergebnisse des TAGWERK-Forschungsprojekts „Nachhaltigkeit durch regionale Vernetzung – EVG's im Bedürfnisfeld Ernährung“ vorgestellt. Biobauer Dietmar Groß erläutert seine Thesen über die Entwick-

lungstendenzen in der Öko-Vermarktung (siehe Bauernstimme 1/00).
Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft, Dorandstr. 4, 28209 Bremen, ☎ 0421-3499077

Kleinstlandwirtschaft

21. - 25. Juli 2000, Berlin
Konferenz „Perspektiven der Kleinstlandwirtschaft in Stadt und Land – zur sozialen und ökologischen Notwendigkeit von Gärten und informeller Landwirtschaft“ mit Berichten aus verschiedenen Regionen und Ländern der Erde. Veranstaltet von den Arbeitsgruppen „Kleinstlandwirtschaft ...“ und „Agrarkultur und Sozialökologie“ an der Landwirtschaftl.-Gärt. Fakultät der Humboldt-Universität Berlin.
Info: ☎ 030-31471326, Fax: 02561-95941640,
E-mail: gartenkonferenz@gmx.de

Radtour Voreifel

22. - 26. Mai 2000
Die Voreifelregion zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit. Erkundungen mit dem Fahrrad. Wie lassen sich Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang bringen? Im Mittelpunkt des „Fahrradseminars“ stehen die Themen Landwirtschaft, Energie, Tourismus und Verkehr.
Kurt Schumacher-Akademie Bad Münster, ☎ 02253-9212-0, Fax: -8091

Tiere bauen keine Atomwaffen!

Ohne aktiven Tier- und Umweltschutz haben wir keine Zukunft. Darum haben wir rechtzeitig gehandelt:

Wir bieten Ihnen attraktive Investmentfonds nach klaren ethischen und ökologischen Regeln – als private Rentenversicherung, Sparplan oder Einmalanlage. Das ist auch unter steuerlichen Gesichtspunkten sehr interessant für Sie.

Für Ihre vierbeinigen Freunde vermitteln wir Ihnen Tierversicherungen aller Art, u.a. das komplette Programm der Uelzener.

Fordern Sie einfach unverbindlich Angebote an!

Nutzen Sie den direkten Draht: ☎ 0172-5152338, oder schreiben Sie uns: MABO & CvC Versicherungsmakler GmbH, BD Hannover,

Klaus-Peter Fuhrmann, Ackerstr. 2, 30851 Langenhagen, ☎ 0511-742838, Fax: 0511-742869

ERNTEN SIE NUR EINMAL IM JAHR? **proVENTO**

ERNTEN SIE DAS GANZE JAHR!!!

WIR HELFEN IHNEN DABEI OHNE FINANZIELLES RISIKO
OHNE MEHRARBEIT
MIT GARANTIERTEM ERFOLG

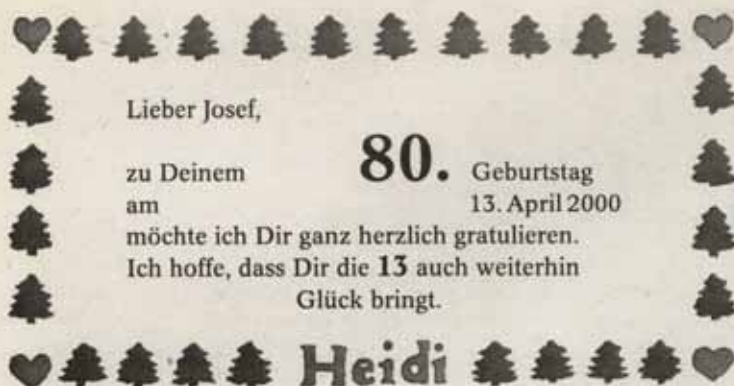
WIR BIETEN IHNEN FÜR GEEIGNETE FLÄCHEN
ZUR ERRICHTUNG VON WINDENERGIEANLAGEN:

- LANGFRISTIGE PACTHVERHÄLTNISSE (CA. 25 JAHRE), WOBEI DAS LAND WIE BISHER FAST OHNE EINSCHRÄNKUNG GENUTZT WERDEN KANN,
ODER
- KAUF DER FLÄCHE MIT PACTHMÖGLICHKEIT FÜR SIE.

WIR INFORMIEREN SIE GERNE

IHRE
PROVENTO-GRUPPE

KOBLENZER STR. 13
58759 KAISERSCH
TEL.: 02653 / 590 850
FAX: 02653 / 590 850



Lieber Josef,

zu Deinem
am **80.** Geburtstag
am 13. April 2000
möchte ich Dir ganz herzlich gratulieren.
Ich hoffe, dass Dir die **13** auch weiterhin
Glück bringt.

Heidi

Nachwuchs in der Redaktion



Einen ganz ganz herzlichen Glückwunsch an die langjährige Redakteurin und junge Mutter Claudia Schivelbein und den jungen Vater Reiner Bohnhorst und natürlich auch an den neuen kritischen Beobachter der Szene, Mathis!
Auch die Redaktion hat „Nachwuchs“ bekommen: Seit 1. Februar recherchiert, schreibt, fotografiert und gestaltet Wiebe Erdmanski-Sasse für die Bauernstimme. Ein inhaltlicher Arbeitsschwerpunkt der Diplom-Ingenieurin der Landschaftsplanung (Uni-Gh Kassel) wird die Osterweiterung der Europäischen Union sein (Kontakt: ☎ 05242-48476).

Ich werde Mitglied in der **AbL**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte Mitglied in der AbL werden
- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,-
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaar und Hofgemeinschaften von DM 200,-
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von DM 200,- DM 250,- oder DM zu zahlen
- Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis liegt bei)
- Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützerin einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,-

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____
Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungswise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 1,-)
- Ich bin Abonniert der Unabhängigen Bauernstimme
- ja nein
- Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie wollemtlich, dass von mir zum nächstenden Beitrag laufällig Konten zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Wiederrufrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück; BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Wiebe Erdmanski-Sasse; Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: Stadt-Blatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reif 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwald, ☎ 04326/679
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeld, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfach, ☎ 05508-999899, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/82575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorf, ☎ 02307/82281, Wilhelm Eckel, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995; Ute Rönnebeck, Lichtenauer Weg 34, 35396 Gießen, ☎ 0641/5590003
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Ellwerrath, ☎ 06551/2636, Fax: - 985783
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8926, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hechwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Lelpheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Bayerisches Oberland: Hans Fischeltarieder ☎ 08178/5478;
Franz-Josef Grenzbech, ☎ 08809/603
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Etti, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758
Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reipersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718
AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe
Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960
Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@agoranet.be
Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838
Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Däike Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren, Adl Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

Frühjahrsfreuden



dichtmachen
an einem frischen Tag
wenn die Luft nach Leben riecht
und der Wind die Müdigkeit vertreibt
einmal alle Zäune kontrollieren
alle Wiesen ablaufen
alle Lieblingsecken besuchen

vielleicht treffe ich den Nachbarn
jetzt wieder ohne seinen Winterpullunder
bis zum November wird er nur noch
kurzärmelige Hemden tragen

draußen sein
das ist es
endlich wieder draußen sein
ohne Mütze und Mantel
tief einatmen
diese Luft macht stark
rein in die Lungen damit
es sei denn
einer fährt Gülle

walzen und schleppen
das genießt jeder Bauer
endlich wieder

rund um die Koppeln fahren
und nicht nur zum Siloplatz
und zurück

es sind diese Tage im Frühjahr
wenn die Sonne plötzlich wieder wärmt
wenn der Regen fast zärtlich fällt
wenn das Licht allmählich wiederkehrt
und zahllose Farben zaubert

diese Tage sind es
an denen die Freude
über mein Tun
unbeschreiblich ist

vergiß nicht zu singen
bei der Arbeit
ruft der Alte mir nach

und meine Liebste lächelt mir zu
und flüstert in den Wind

bis nachher mein Bauer
ich warte auf dich

Matthias Stührwoldt

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: gesellschaftsfähig

4/2000

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 70,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 120,- DM im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 35,- bzw. DM 70,- für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabo Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Aboszeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242-47838